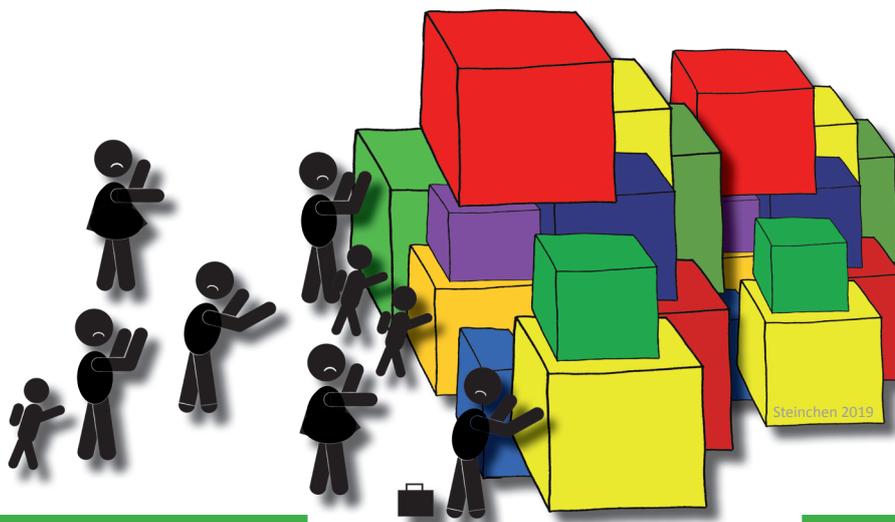


# GE-W 167



## Paradigmenwechsel



**Einladung zur Personalversammlung**  
für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen

**am 21.05.2019 um 12.30 Uhr**

in der Gesamtschule Erle, Mühlbachstraße 3, 45891 Gelsenkirchen

**Thema: Gesund bleiben am Arbeitsplatz "Schule"**

Referent: Dr. Gerrit Schnabel, Unfallkasse NRW

## Inhalt

Termine auf einen Blick / Inhalt	2
Auf ein Wort	3
Wir haben zwei „Sachen“ neu aufgelegt: Postkarten und www.masterplan-bildung.ruhr	4
Vielfalt erfordert Ressourcen!	6
Wer macht die Arbeit der fehlenden Lehrkräfte?	7
GEW überreicht Staatssekretär Richter Hausaufgabenheft, A 13 kommt!?	8
Leserbrief zum WAZ-Artikel „GEW-Idee: Lehrer sollen zentral auf Schulen verteilt werden“, Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: A 13 Z für alle Lehrkräfte	9
Kein „Weiter so!“	10
Kopfloses Headhunting	11
Einlegeblatt: Anträge Personalversammlung	12
Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif	13
Länder-Tariftelegramm: Abschluss in der Länder-Tarifrunde 8 % mehr Geld in drei Schritten, Gutes Signal für Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen	14
Jubiläum: 100 Jahre Tarifautonomie	15
Das kombinierte Fachseminar „Deutsch-Mathematik“	16
Jetzt auch mit ohne Dienststrecker Mehr Geld für Grundschulkkräfte und Beamte	17
Achtung!- Dienstunfall!!!	18
Mutterschutzgesetz reformiert Mehr Selbstbestimmung, mehr Schutz	19
OB Baranowski fordert Emscher-Universität, Hat die Landesregierung das Ruhrgebiet nicht im Blick?	20
Kohlekommission, Ruhrkonferenz – Eine Chance für das Ruhrgebiet? GEW NRW: Landesweites Arbeitstreffen der Sozialpädagog*innen in der Schuleingangsphase Fortbildungen Veranstaltungen vor Ort: Und jetzt seid ihr dran...	21
Schule in NRW Oder: Warum trotz allen Einsatzes Schule nicht erfolgreich für alle sein kann	22
AUFBRECHEN Zukunft Grundschule	24

### GEW-Geschäftsstelle:

Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen  
**Tel.:** 0209 513759 **Fax:** 0209 514207  
**Homepage:**  
[www.gew-gelsenkirchen.de](http://www.gew-gelsenkirchen.de)  
**E-Mail:** [gew-ge@gmx.de](mailto:gew-ge@gmx.de)

**Öffnungszeiten:** MO und DI : 13:00 - 16:00 Uhr  
 MI und DO: 9:00 - 12:00 Uhr

## Termine

### vorab auf einen Blick

1. Mai 2018



Demonstration und Kundgebung  
in Gelsenkirchen am Musiktheater, Beginn: 9:45 Uhr

08.05.19

Fortbildung für Lehrerräte  
„Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule“  
Referentinnen: Angelika Meinhold, Anne Ruffert

14.05.19

Veranstaltung für Neumitglieder: „Elterngespräche:  
Nerven schonend“ Referent: Uwe Riemer-Becker  
DGB Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12,  
45879 Gelsenkirchen, 16-18:30 Uhr

15.05.19

Vorstandssitzung  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge., 18:00 Uhr

23.05 – 25.05.19

Gewerkschaftstag in Essen

04.06.19

„Du fehlst uns noch - Informationsveranstaltung  
für Interessierte an der Personalratsarbeit“ Referent:  
Manfred Diekenbrock  
GB Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12,  
45879 Gelsenkirchen, 16-18:30 Uhr

Juni

Landtagsgespräch 2019

03.07.19

Vorstandssitzung: als Gast SPD Abgeordneter  
Sebastian Watermeier  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge., 18:00 Uhr

30.08.19

2. Sommerfest auf Gut Steinhausen

**Vorankündigung: September 2019**

Basisqualifizierung Lehrerräte

15.11.19

Jubilarehrung mit „Die Daktiker“

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

uns allen ist bewusst: Das Bildungssystem muss reformiert werden. Kinder scheitern, ohne dass wir ihnen helfen können. Sie scheitern an den Hürden, an den Übergängen. Oft schon an den ersten. Eltern geraten dadurch unter Druck. Die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen werden aufgegeben.

NRW will Land des Aufstiegs durch Bildung sein!? Und das darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!?

Wer Armutskreisläufe durchbrechen, potenzialorientiert und integriert handeln will, muss Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, ... entsprechend aufstellen!

Und schon sind wir bei der Ruhrkonferenz der Landesregierung. Zum Auslaufen der Steinkohleförderung wurde eine Ruhrkonferenz angekündigt. Leise Hoffnungen auf ein Maßnahmenbündel für den weiteren Strukturwandel im Ruhrgebiet sind jetzt schon krass enttäuscht:

### Sie tun nicht, was sie wissen!

- Angekündigt werden – ein weiteres Mal - beste Bildungschancen unabhängig von Ort und Herkunft. Geliefert werden einige Talentschulen.
- Lehrermangel: Es sind zunächst die Grundschulen, dann die Schulen der Sekundarstufe I, an denen er sich verschärft. Und im entsprechenden Themenforum der Ruhrkonferenz von Ministerin Gebauer wird dezent gefragt: „Wie gelingt es durch mehr Kooperation und intelligente Vernetzung, mehr Lehrerinnen und Lehrer für das Ruhrgebiet auszubilden?“

Die Region, unsere Stadt benötigt einen weiteren Schub – oder: „Es ist Zeit, in die Offensive zu gehen!“

Das war übrigens das Motto einer Großveranstaltung am 20. und 21. September 2018 in der Philharmonie in Essen.

Der Regionalverband Ruhr, RuhrFutur und TalentMetropole Ruhr wollten eine Initiative starten, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in der Region gezielt zu verbessern. Der Kongress sollte den Auftakt eines gemeinsamen Prozesses markieren, und „die Metropole Ruhr als innovative Bildungs- und Wissensregion positionieren“.

Die Ergebnisse des Kongresses sollten in die Ruhrkonferenz einfließen ... Und was ist daraus geworden?

Einerseits proklamiert Ministerin Gebauer: „Wir sind der Überzeugung, dass alle Kinder und Jugendlichen Talente haben. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir ermöglichen, den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft und den Einkommensverhältnissen des Elternhauses zu entkoppeln.“

Und was ist bisher dabei herausgekommen?

Eine Expertenjury hat zum 01. Februar 2019 über das Land verteilt 35 Talentschulen ausgewählt – FÜNFUNDREISSIG flächendeckend für ganz NRW!

In unserer Stadt sind die Gesamtschulen Horst und Ückendorf dabei, das Ricarda-Huch-Gymnasium und das Berufskolleg Königstraße.

Wir freuen uns mit den Kindern, Jugendlichen, Beschäftigten, welche sich an dem „Schulversuch“ beteiligen werden.

Doch was ist mit den anderen Bildungseinrichtungen unserer

## Auf ein Wort!



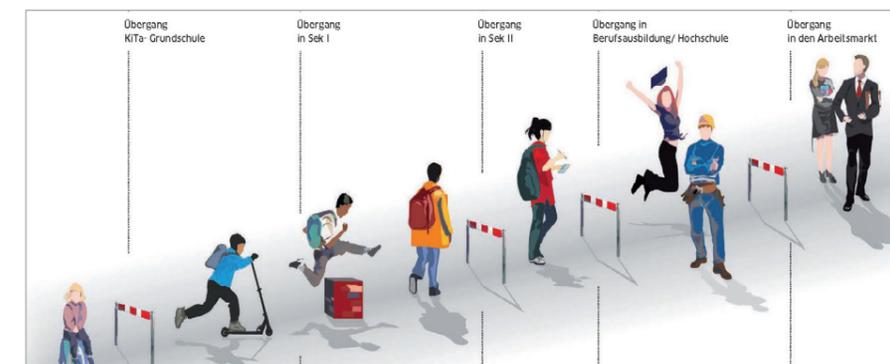
Stadt? Sie brauchen dringend Rahmenbedingungen, mit denen alle Kinder gefördert, gefordert, allen die Teilhabe ermöglicht wird. Viele junge Menschen benötigen Personen, die ihnen zur Seite stehen und ihnen wertschätzend Wege eröffnen, um ins gesellschaftliche Leben zu finden, zurück zu finden.

Diese Präventionskette – von der Kita bis zum Beruf – wäre ein Durchbruch. DAS wäre die große Offensive!

„Bildung gegen Spaltung“

- denken wir weiter, mit Ausrufezeichen:

- Einführung der Schulpflicht mit 4 Jahren!
- Schulkitas, die die Kinder ab 4 Jahren zur Schulreife fördern und unterstützen!
- Ausbau und Ergänzung der vorhandenen Präventionsketten!
- Weg von der Qualitätsanalyse als zermürende Anforderung, hin zu einem Ressourcensteuerungsinstrument!
- Vergleichsarbeiten als eine Grundlage für Ressourcensteuerung, statt Druckinstrument zu sein!
- Ein Bewertungssystem, das nicht mehr ausschließt, sondern das Potenzial bzw. die Kompetenzen des jungen Menschen zum Ausdruck bringt!
- Unterstützungssysteme für die Beschäftigten an den Schulen: So ist z.B. bei Gewaltexzessen, massiven Unterrichtsstörungen und anderen Vorfällen oftmals sofortige Hilfe bzw. Unterstützung erforderlich! Betroffenen Kinder, Jugendliche, Beschäftigte müssen professionell begleitet werden können.



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es braucht Eure/ Ihre Unterstützung, gewerkschaftliche Forderungen und Gedanken noch stärker in die öffentliche Diskussion zu bringen. Ihr seid herzlich eingeladen, Teil unserer GEW-erkschaftsbewegung zu werden.



Glück auf! Euer/ Ihr  
**Lothar Jacksteit**

# Wir haben zwei „Sachen“ neu aufgelegt:



Alfons Kunze

Vier Postkarten mit Text, [www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr) ist im Aufbau. Die homepage wird am 29. April 2019 geöffnet.

In "Der Club der toten Dichter" stellt sich John Keating auf den Tisch. Seine Schüler folgen zögernd, erhalten als Deutung der unorthodoxen Situation: "Gerade, wenn man glaubt, etwas zu wissen, muss man es von einer anderen Perspektive betrachten."

## Masterplan Bildung

GEW Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck

Wir werden die Postkarten verwenden, bei Stadt, Bund und Land weiter gute Lern- und Arbeitsbedingungen einzufordern. Auf einer unserer Zukunftswerkstätten fragte eine Kollegin: „Wie kommt es eigentlich, dass für unsere Initiativen niemand so richtig zuständig ist?“

Jürgen Meyer, Ruhrgebietler aus Passion, schrieb in diesem Sinne vor einigen Jahren den Dreizeiler

*Die Sorte kenn ich  
sich erst dicke tun  
und sich dann dünne machen*

Heute nennt sich das framing. Das „steckt“ in der Kartoffel- und Flickschusterei-Postkarte.

Die Lösungsvorschläge der GEW liegen auf dem Tisch.

Der kleine Junge mit der Schultüte auf der Brunnenpostkarte liegt mir besonders am Herzen, samt der Aussage zur sozialen Spaltung im Bildungssystem.

Gelsenkirchen hat angesichts von Segregation und trotz Verschuldung im Bildungsbereich sehr viel auf die Beine gestellt. Im Fußballstadion würde angesichts dieser Leistungen und Bemühungen gegen einen übermächtigen Gegner niemand „Wir woll’n euch kämpfen sehen, wir woll’n euch kämpfen sehen“ singen.

Die Artikel in unseren Stadtverbandszeitungen, Resolutionen von Personalversammlungen zeigen aber: Es reicht nicht!

Wir versuchen, mit den Postkarten und [www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr) eine andere Perspektive einzunehmen. Wir versuchen, den Wust von Studien, Dokumenten, ... zu reduzieren: Wo ist im Rauschen der Daten die entscheidende Information?

Und was braucht es an konkreten rechtlichen, finanziellen und zeitlichen Umsetzungsschritten für Räume, Ausstattung und Personal?

Die GEW fordert konkrete rechtliche, finanzielle und zeitliche Umsetzungsschritte für Personal, Ausstattung und Räume!

Alfons Kunze



### Von den Ewigkeitslasten des Bergbaus zum Ewigkeitsnutzen von Bildung!

Wer „Talente fördern“ und „Schätze heben“ will, muss viel Geld in die Hand nehmen

- um Gruppen- und Klassengrößen zu reduzieren,
- um geeignete Räume zu schaffen,
- um durch Doppelbesetzung und Vertretungsreserve für Entlastung zu sorgen,
- für personelle Ressourcen: ausgebildete Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams aus Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sonderpädagogen, Psychologie, Therapie, ...
- bei der Umsetzung von Arbeitsschutzrichtlinien und -gesetzen in den Bildungseinrichtungen.

Bildung. Weiter denken!

Sparen ist teuer!

[www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr)

## Dresdner Bildungsgipfel: Von unten betrachtet

Deutschlands Kindertagesstätten, seine Schulen und sein Berufsbildungs- sowie Weiterbildungssystem bauen die Spaltung in der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer nicht ab, sondern verfestigen sie – und dies in einem Umfeld, in dem allenthalben der Mangel qualifizierter Facharbeiterinnen und -arbeiter beklagt wird.

DGB -Expertise zur sozialen Spaltung im Bildungssystem  
Klaus Klemm / Matthias Anbuhl, Oktober 2018

### Bildung. Weiter denken!

Die **GEW** fordert mehr Unterstützung des Landes und des Bundes!

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld zusätzliche personelle und materielle Ressourcen erhalten.

Marlies Tepe, GEW-Bundesvorsitzende, September 2018

[www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr)

*Wir investieren zur Zeit fast alles in die Nachsorge, in einen Sozialstaat, der versucht, die Kinder aus dem Brunnen zu fischen, in den er sie hat fallen lassen.*

Prof. Dr. h. c. Jutta Allmendinger, Ph.D., 2007  
Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck



Karikatur: Wieland Sternagel

### Verantwortung für gute Bildung wird wie eine heiße



hin- und hergeworfen.

Foto: Hans - Jürgen Wagner

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck



### Personalversammlungen:

Die Forderungen der Personalversammlungen der Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen nach mehr Ressourcen werden von der Politik nicht ernst genommen.

### Bildung. Weiter denken!

**Politik:**  
„Kein Geld.“  
„Leere Kassen.“  
„Die Schuldenbremse.“  
„Die Schwarze Null.“  
„Das Kooperationsverbot.“

### GEW:

Es braucht eine gesamtstaatliche Strategie für die Schaffung frühzeitiger, systematischer und kleinräumiger Unterstützungsstrukturen, und den politischen Willen, gute Bildung umzusetzen.

[www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr)

### Bildungsrepublik Deutschland



eine einzige Flickschusterei

Foto: Hans - Jürgen Wagner

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck



### Gute Bildung gemeinsam verantworten!

Die bestehenden Hemmnisse für gemeinsames Handeln in der Bildung in rechtlicher, struktureller und finanzieller Hinsicht müssen beseitigt und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit weiterentwickelt werden. Kommunales Engagement in der Bildung erfordert eine aufgabengerechte Finanzausstattung.

Münchner Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung gemeinsam verantworten“ am 8./9. November 2012

### Bildung. Weiter denken!

[www.masterplan-bildung.ruhr](http://www.masterplan-bildung.ruhr)



Marion Appold

## Vielfalt erfordert Ressourcen!

Wir haben weiterhin große Klassen, nicht genügend (wenige) Räume und eine extrem heterogene Schülerschaft. Es ist in bestimmten Situationen schwer, eine Klasse zu beaufsichtigen und gleichzeitig wichtige pädagogische Arbeit mit einem Kind zu leisten, das für den Moment der volle Zuwendung seiner Lehrerin bedarf. Auch gesundheitliche und Fürsorgeaspekte spielen dabei manchmal eine Rolle. Solche Situationen ergeben sich bei uns tagtäglich und häufig mehrfach täglich!

In unvorhergesehenen Vertretungssituationen (leider gar nicht selten) müssen sehr häufig extrem viele Kinder auf die Klassen verteilt werden, so dass geplanter Unterricht nicht mehr stattfinden kann. Die Enge, die Unruhe und die mangelnde Zuwendung führen nicht selten zu Konflikten und ein konzentriertes Arbeiten ist unmöglich

- Entlastung wäre durch Ausbau der vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten (OGS am Vormittag) leicht realisierbar. Sollten diese nicht als Betreuung benötigt werden, könnte das pädagogische Personal Kleingruppenarbeit beaufsichtigen oder mit einzelnen Kindern Basiskompetenzen fördern bzw. im Rahmen schuleigener Konzepte Sozialtraining anbieten.

Gerade vor dem Hintergrund der Inklusion habe ich leider sehr unschöne Reaktionen anderer Eltern erlebt, die durch eine Unterstützung in schwierigen Situationen sicherlich hätten abgemildert werden können

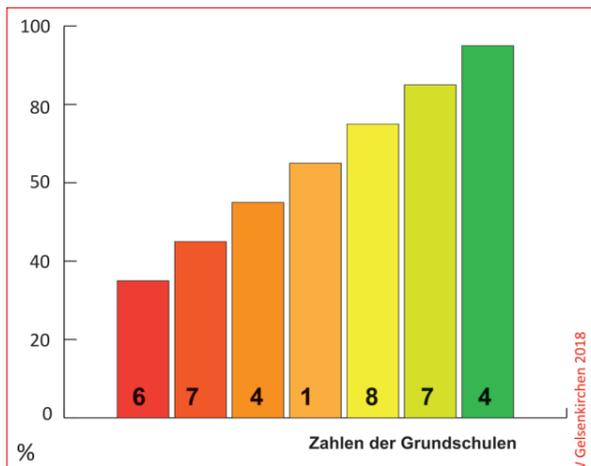
- Eine sehr wirkungsvolle und einfach realisierbare Möglichkeit wäre die Anwesenheit von Hilfskräften, die Lehrerinnen und Lehrern zuarbeiten können und diese in bestimmten Situationen kurzzeitig und in unmittelbarer räumlicher Nähe als „für Kinder ansprechbare erwachsene Person“ vertreten können. Pro Zügigkeit wäre mindestens eine weitere erwachsene Person erforderlich, die bei Bedarf unterstützen kann.

Wenn ausgebildete Lehrer fehlen und die Situation in Gelsenkirchen weiter so schwierig bleibt, dann wäre Betreuung am Vormittag und Unterstützung durch Hilfskräfte auch deshalb wichtig, damit Schülerinnen und Schüler, die das Potential hätten, die höchste Kompetenzstufe zu erreichen, nicht durch die schlechten Lernbedingungen daran gehindert werden.

Marion Appold

### Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Grundschulen

- 39 Grundschulen insgesamt
- 37 Grundschulen: mindestens 30 % der Kinder mit Migrationshintergrund
- 10.024 SchülerInnen insgesamt
- 6.452 SchülerInnen mit Migrationshintergrund (64,5 %)



### Nachruf

Der GEW Stadtverband Gelsenkirchen hat mit

### Bernd Becker

\* 4. August 1947  
+ 6. Februar 2019

einen engagierten Kollegen verloren. Bernd war von 1983 bis 1985 stellvertretender Vorsitzender des GEW-Stadtverbandes. Im Anschluss daran hat er bis 1994 das Amt des Kassierers übernommen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### In eigener Sache!

Liebe GEW Kolleginnen und Kollegen!

Im Zeitalter der Digitalisierung treten immer wieder Probleme im Mailverkehr auf. In letzter Zeit häufen sich die Rückläufer von yahoo und AOL.

Wir bitten alle, die mit diesen Anbietern arbeiten, ihren Spamordner daraufhin zu überprüfen.

Eure Geschäftsstelle  
Gelsenkirchen



Martina Albretsen

## Wer macht die Arbeit der fehlenden Lehrkräfte?

- Wer führt ihre Aufsichten?
- Wer führt ihre Elterngespräche?
- Wer führt Gespräche mit Ärzten, Therapeuten, Schulpsychologen, Jugendämtern, etc?
- Wer plant Schulfeste?
- Wer schreibt Gutachten und Zeugnisse?
- Wer leistet erste Hilfe?
- Wer plant Gottesdienste, Wandertage, Klassenfahrten, Projektwochen, etc.?
- Wer begleitet und betreut Referendar\*innen, Praktikant\*innen, Integrationshelfer\*innen, Vertretungskräfte, Seiteinsteiger\*innen, neue Kolleg\*innen?
- Wer ist der „Kummerkasten“ der Kinder?

## Wer?

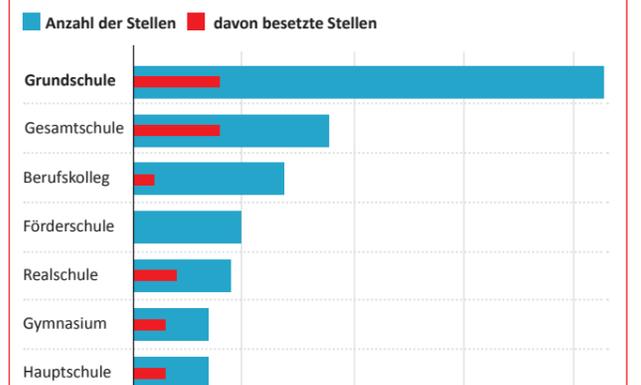
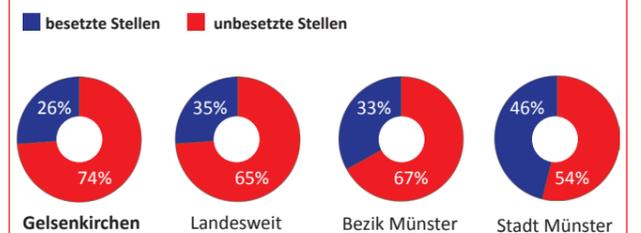
### Vom Wiegen wird die Sau nicht fett – aber keiner will sie füttern

Seit Jahren beurteilen und messen Land und Bund die Qualität von Schule und Bildung. (Vera, Pisa, QA, etc.) Konsequenzen haben sie aus den schlechten Ergebnissen ihrer Messungen bisher nicht gezogen. Lehrer, Wissenschaftler, Gewerkschaften, Personalräte und viele mehr, benennen seit Jahren die Ursachen für schlechte Ergebnisse bei Leistungsmessungen, sprich für schlechte Bildung, aber der Bund, die Landesregierung und die Bezirksregierungen bewegen sich nicht in Richtung Problemlösung und bauen darauf, dass die „Erfüllungsgehilfen“ für Bildung: Lehrkräfte, Erzieher, Sozialarbeiter die Verantwortung für das Bildungssystem übernehmen.

Martina Albretsen

### Lehrerbesetzung in Gelsenkirchen nach Schulformen

#### Anteil der besetzten und unbesetzten Lehrstellen im Vergleich



Quelle: Bezirksregierung Münster

## GEW überreicht Staatssekretär Richter Hausaufgabenheft

Die Vorsitzende der Landesfachgruppe Grundschulen, Susanne Huppke, überreichte während der Personalrätekonferenz am 5. Februar 2019 in Schwerte dem Staatssekretär des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB), Mathias Richter, ein Hausaufgabenheft.

Susanne Huppke sprach zuvor von unerledigten Aufgaben, die dringend in Angriff genommen werden müssten. Nicht nur Grundschulen klagten über eine enorme Arbeitsverdichtung und zunehmende Bürokratisierung im Schulalltag. „Wenn das Kerngeschäft Unterricht wieder gestärkt werden soll, sind Entlastungstatbestände zu schaffen!“ so Huppke. Sie führte weiter aus: „Beschäftigte benötigen einfach mehr Zeit für Planung, Organisation, Teamabsprachen etc.!“

Rüdiger Wüllner (Duisburg), Marion Damm (Detmold) und Lothar Jacksteit (Gelsenkirchen) machten darauf aufmerksam, dass es in Zeiten knapper Ressourcen auf jede einzelne Kraft ankommt und alles für einen guten und funktionierenden Gesundheitsschutz unternommen werden müsse. In mit Lehrkräften unterversorgten Regionen wären schulscharfe Verfahren nicht hilfreich und nähmen zu viele Ressourcen in Anspruch.

Neben weiteren Themen wurde auch die angemessene Bezahlung angesprochen.

Der Staatssekretär betonte bei seinen Ausführungen, wie wichtig ihm und dem MSB der Austausch mit den Praktikern



vor Ort sei. Mathias Richter versicherte, dass er mit den anderen Akteuren im Ministerium um gute Lösungen ringe. „Die Fehlschlüsse aus der alten Lehrerbedarfsprognose von 2008 können durch die neue Landesregierung nicht mit einem Handstreich behoben werden. Erste Maßnahmen sind eingeleitet.“, so der Staatssekretär. Er warb um Verständnis, dass diese ihre Wirkung nicht sofort entfalten könnten. Eine kleine Seitenbemerkung ließ sich Mathias Richter nicht nehmen: „Ich bin mir sicher, dass insbesondere die GEW in Gelsenkirchen, vertreten durch Herrn Jacksteit, darauf achten wird, ob die Landesregierung Wort hält!“



Gespräche mit dem Staatssekretär während der Personalrätekonferenz am 5.2. 2019 in Schwerte

## A 13 kommt!?

Staatssekretär Richter musste aus Sicht der anwesenden Personalräte so verstanden werden, dass im Haushalt 2020 (Haushaltsberatungen 2019) A 13 für die Kolleginnen und Kollegen mit Masterabschluss auf der Agenda stünde. Darüber hinaus verdeutlichte er, dass eine Lösung für die Altlehrämter vom MSB angestrebt wird, aber die Entscheidungskompetenz allein im Finanzministerium läge. Der SPD-Antrag „A 13 für alle!“ griffe zu kurz, weil hierdurch die gerade geschaffenen Beförderungsmöglichkeiten (Konrektoren A 13 Z, Direktoren A 14) wieder zunichte gemacht würden. „Deshalb gestaltet sich der Gesamtprozess eben nicht immer so einfach“, führte Richter weiter aus. Der Staatssekretär strahlte die Zuversicht aus, dass die schwarz-gelbe Landesregierung noch in dieser Wahlperiode eine Regelung finden würde.

Insgesamt ging von dieser Personalrätekonferenz ein guter Impuls aus: Aufbrechen! Zukunft Grundschule.

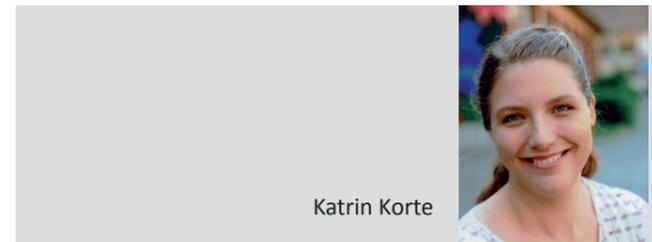
Lothar Jacksteit

## Leserbrief zum WAZ-Artikel vom 5.2.19 „GEW-Idee: Lehrer sollen zentral auf Schulen verteilt werden“

„Der Vorschlag von Dorothea Schäfer (GEW-Landesvorsitzende, Anm.d.R.), die schulscharfen Ausschreibungen für eine befristete Zeit auszusetzen ist hervorragend und stößt auf uneingeschränkte Zustimmung der betroffenen Kollegien.“



In Gelsenkirchen können die Mehrzahl der offenen Stellen nicht besetzt werden. Die Bewerbungsverfahren laufen leer, weil die wenigen verfügbaren Junglehrerinnen sich in anderen Städten bewerben, oder sie zwar sicherheitshalber Bewerbungen für Gelsenkirchener Stellen schreiben, aber dann zum Bewerbungsverfahren nicht mehr erscheinen.



Katrin Korte

Dies ist mit einem enormen Aufwand der ohnehin schon belasteten Kollegien verbunden, weil auch für diese Verfahren Auswahlkommissionen gebildet werden müssen, etc. Diese zeitlichen Ressourcen fehlen im Unterricht, in der Unterrichtsvor- und -nachbereitung oder in der Schulentwicklung. In den Grundschulen unserer Stadt fehlen in Summe nur aufgrund dieses fruchtlosen Arbeitseinsatzes Dutzende Vollzeitstellen, die an anderer Stelle deutlich besser eingesetzt wären.“

Die Forderung der GEW, die Einstiegsbesoldung der Lehrkräfte endlich nach oben anzupassen ist überfällig. (s.a. GEW-Rechtsgutachten von Prof. Brinktrine)

Dies führt zukünftig sicher zu einer Entspannung der notvollen Lage.

Katrin Korte

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: A 13 Z für alle Lehrkräfte

### GEW unterstützt SPD-Gesetzentwurf zur Anpassung der Lehrer\*innenbesoldung

Die GEW NRW unterstützt den von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Gesetzentwurf und fordert die Landesregierung auf, die verfassungsrechtlich gebotene amtsangemessene Besoldung endlich umzusetzen.

„In der Konsequenz des Lehrerausbildungsgesetzes von 2009 müssen alle Lehrkräfte unabhängig vom Lehramt besoldungsrechtlich gleichgestellt werden. Die derzeitige Ungleichbehandlung ist sachlich nicht zu rechtfertigen und stellt einen Verstoß des Gleichbehandlungsgrundsatzes nach dem Grundgesetz dar“, sagte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer bei der Anhörung vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des NRW-Landtages in Düsseldorf. Die im LABG geforderte gleichlange, wissenschaftliche und schulpraktische Ausbildung, unabhängig vom Lehramt, gebiete eine gleichrangige laufbahnmäßige Einstellung.

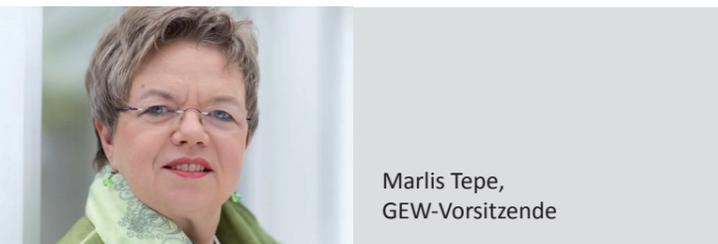
„Das bedeutet nicht nur“, so Schäfer, „dass die neuen Master-Absolvent\*innen nach dem aktuellen LABG hier einzugruppiert sind, sondern dass alle, die auch bereits vor 2009 mit einem 2. Staatsexamen und einer zehensemestrigen Hochschulausbildung ihr Lehramt bestanden haben, wie z.B. die Lehrkräfte der Sekundarstufe I, nun gleichbehandelt werden.“ Schäfer hielt es gleichzeitig für erforderlich, dass weitere Verbesserungen im Landesbesoldungsgesetz insbesondere bei den Funktions- und Beförderungsmöglichkeiten, wie z.B. für Fachleiter\*innen in der Lehrkräfteausbildung für die Primar- und Sekundarstufe I erfolgen müssen.

Die GEW-Landesvorsitzende verwies auf ein Gutachten des namhaften Verfassungsrechtlers Professor Brinktrine, der vor drei Jahren dargelegt hatte, dass die unterschiedliche Bezahlung der Lehrkräfte nicht mit den Vorgaben des beamtenrechtlichen Alimentationsprinzips in Einklang stehe. Die Praxis ungleicher Bezahlung der Lehrkräfte könne demnach weder durch unterschiedliche Aus- und Fortbildung, noch wegen verschiedener Aufgaben und Anforderungen bei der Ausübung des Lehramtes begründet werden, da hier möglicherweise früher bestehende Unterschiede nicht mehr gegeben seien.

Mit Blick auf zwei anhängige Klageverfahren, die mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes von zwei Grundschullehrkräften geführt werden, forderte die GEW-Landesvorsitzende Ministerpräsident Armin Laschet auf, endlich politisch zu handeln, anstatt auf Gerichtsurteile zu warten: „Andere Bundesländer wie Brandenburg und Sachsen sind da schon weiter. NRW sollte endlich diesem Beispiel folgen, damit sich der Lehrkräftemangel vor allem an den Grundschulen nicht noch weiter verschärft.“

Die GEW-Landesvorsitzende erinnerte in ihrer Stellungnahme abschließend an eine Pressemitteilung der CDU vom 1. Juli 2014. Damals hatte im Zuge der Verfassungsklage Oppositionsführer Armin Laschet gefordert: „Es ist jetzt wichtig, schleunigst das verlorene Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in das verfassungsgemäße Handeln der Landesregierung wiederherzustellen“. Als Ministerpräsident, so Schäfer, habe er dazu jetzt unmittelbar die Gelegenheit.

Berthold Paschert  
GEW-NRW



Marlis Tepe,  
GEW-Vorsitzende

## Kein „Weiter so!“

Quelle: E&W

Nun ist der Lehrkräftemangel da. Und er wird sich verschärfen! Schulen in Brennpunkt-Stadtteilen trifft er besonders und führt dazu, dass bestimmte Gruppen von Schülerinnen und Schülern vernachlässigt werden. Die Situation ist so zugespitzt wie in den letzten 30 Jahren nicht mehr. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat es während ihrer Sitzung im Oktober versäumt, ein Lösungspaket zu beschließen, das Aussicht auf Erfolg hat. Damit wird sie – wie so oft – ihrer Aufgabe nicht gerecht. Die GEW hat lange vor dieser Entwicklung gewarnt und Lösungsvorschläge gemacht.

Wie der Generationenwechsel in den Klassenzimmern zu gestalten ist, hätte man vorausberechnen können. Eine vorausschauende Planung sieht Reserven für Unvorhergesehenes vor, damit es z. B. viel schneller Lösungen für die – auch durch die Zuwanderung – steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler geben kann. Der Lehrkräfteberuf hätte attraktiver gemacht werden müssen. Dazu gehört, die Pflichtstunden zu senken, die Inklusion besser auszustatten, die Klassen kleiner zu machen, mehr Sozialpädagoginnen und -pädagogen einzustellen sowie die Zeit für Kommunikation und Austausch auszuweiten. Die Wertschätzung des Berufes hätte erhöht werden müssen. Dazu gehört, die Bezahlung zu verbessern. All dies haben die Landesregierungen versäumt. Stattdessen haben sie der Schuldenbremse und der schwarzen Null höchste Priorität eingeräumt. Dieses Sparkonzept hat großen Schaden angerichtet.

Bildungsergebnisse werden regelmäßig vermessen. Das Resultat ist immer wieder dasselbe: Bildungserfolg ist in Deutschland viel enger mit der sozialen Herkunft verknüpft als in anderen vergleichbaren Staaten. Unternommen wurde dagegen zu wenig. All das hat die GEW immer wieder bemängelt und Vorschläge für Abhilfe unterbreitet. Kaum etwas ist gesche-

hen! Wir stellen uns nun aber nicht hin und sagen:

Wir haben recht behalten! Nein! Die GEW macht der Bundesregierung sowie der KMK, jeder Landesverband den Landesregierungen das Angebot, über ein Gesamtpaket zu verhandeln, um die Situation zu verbessern. Was gehört in dieses Maßnahmenpaket?

- Alle Lehrkräfte mindestens nach A13 (Beamten und Beamte) und E13 (Angestellte) zu bezahlen,
- den Besoldungsföderalismus zu beenden,
- Arbeitszeitverordnungen, die zu einer schrittweisen Reduzierung der Pflichtstundenzahl führen,
- eine bessere Ausstattung der Inklusion, kleinere Klassen,
- mehr Zeit für Austausch, Fortbildung und Koordination,
- eine gemeinsame Ordnung für den Quer- und Seiteneinstieg mit Qualifizierungsmaßnahmen, die Perspektiven und Qualität bieten sowie eine höhere Eingruppierung sicherstellen und Zeitausgleiche für Mentortätigkeiten beinhalten,
- mehr Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulpsychologinnen und -psychologen einzustellen,
- mehr Studienplätze für das Lehramt zu schaffen und ein laubbahnübergreifendes Grundstudium mit einer Spezialisierung im Master einzuführen.

Wir wollen und werden nicht akzeptieren, dass

- an der Bildung gespart und damit Privatschulen für Privilegierte Vorschub geleistet wird,
- es durch unterschiedliche Bezahlung und unterschiedliche Pflichtstundenzahlen zu Konkurrenz in den Schulen kommt,
- der wachsende Druck Lehrkräfte gesundheitlich gefährdet.

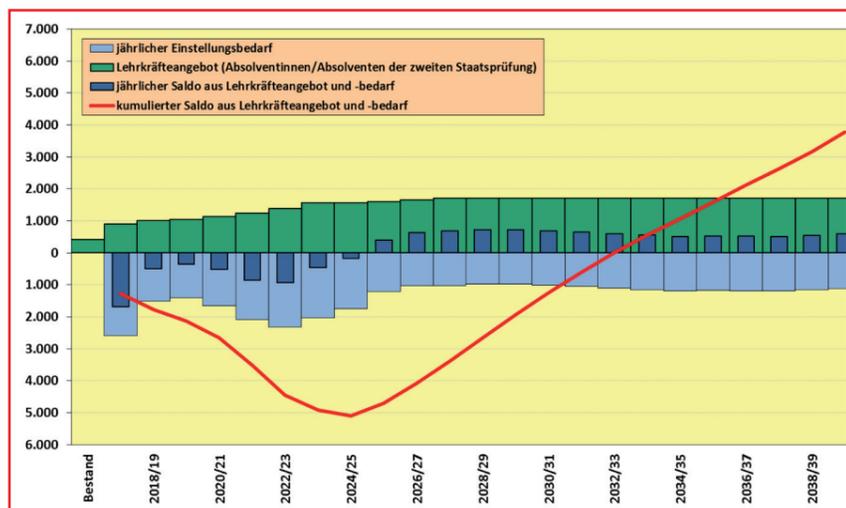
Die Bildungs- sowie Finanzpolitiker sind auf allen Ebenen in der Pflicht. [...] Sie müssen etwa durch die Aufhebung des Kooperationsverbotes und eine dauerhafte Unterstützung der Kommunen und Länder die entscheidenden Weichen stellen, um den Fachkräftemangel an den Schulen zu beheben. Wer „weltbeste Bildung“ will, muss den Schalter umlegen. Es ist mehr als 5 Minuten nach 12.

Marlis Tepe

## Der Lehrerarbeitsmarkt für das Lehramt an Grundschulen

Die durchgezogene rote Linie zeigt den Lehrkräftemangel an -oder "kumulierter Saldo aus Lehrkräfteangebot und -bedarf"

Quelle: Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW Prognose zum Lehrkräftebedarf in NRW, Seite 12



# Kopfloses Headhunting

// In Hamburg wurden über Jahre zu wenige Lehrkräfte ausgebildet und stattdessen aus anderen Bundesländern abgeworben. Dieser Zustrom versiegt, während der Bedarf weiter steigt. Der nun zutage tretende Fachkräftemangel trifft besonders Schulen in sozial belasteten Stadtvierteln. //



Joachim Ninow blickt vom Bildschirm auf. Jeden Morgen durchkämmt der Leiter der Grundschule Mümmelmannsberg die einschlägigen Stellenportale nach einer Lehrkraft für Mathematik. Es gebe „nicht eine ernst zu nehmende Bewerbung“, sagt er, „man gerät unter Druck“. Die Schule ist kein Einzelfall: Zu dem Einstellungstermin Anfang Februar konnten 225 Stellen in der Hansestadt nicht besetzt werden. „Der Lehrkräftemangel erreicht Hamburg nun offiziell“, stellt die GEW-Landesvorsitzende Anja Bensing-Stolze fest. Und zwar nicht nur in den Mangelfächern im naturwissenschaftlichen Bereich; gesucht werden auch Fachkräfte für Englisch, Deutsch, Geschichte oder Religion. Die Schulbehörde geht davon aus, dass 1,6 Prozent aller Stellen nicht besetzt sind. Damit fehlen in Hamburg 200 Lehrkräfte in Vollzeit. Das trifft jedoch nicht alle Schulen gleichermaßen. Alarmierend sei, dass „besonders Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen Schwierigkeiten haben, an Personal zu kommen“, so Bensing-Stolze. Betroffen sind in erster Linie Grundschulen, doch nur wenige Schulleiter möchten sich dazu im Rahmen dieser Recherche öffentlich äußern.

Exakt 20 Minuten braucht die U2 von den mondänen Einkaufspassagen und hanseatischen Firmensitzen am Jungfernstieg bis nach Mümmelmannsberg, einer auf dem Reißbrett entworfenen Großsiedlung im Hamburger Osten, hochgezogen in den 1970er-Jahren. Rund 17.000 Menschen leben hier, darunter viele Zugewanderte. Drei von vier Kindern, die jünger als 18 Jahre sind, haben einen Migrationshintergrund.

Jeder dritte Haushalt ist alleinerziehend und nahezu jedes zweite Kind lebt von Hartz IV. „Unsere Schülerinnen und Schüler sind nicht von Armut bedroht, sie sind arm“, stellt Schulleiter Ninow fest. „Wir beobachten einen Anstieg der Bildungsarmut.“ Die soziale Entmischung Hamburgs – forciert durch die stark steigenden Mieten in den innerstädtischen Gebieten und die Vertreibung derer, die sich dies nicht leisten können – führe zu steigenden Herausforderungen in den sozialen Brennpunkten, sagt Ninow. So werde es zunehmend schwieriger, den Kindern mit ihrem hohen Bedarf an Sprach-, sozial- und sonderpädagogischer Förderung gerecht zu werden. Die Hamburger Schulbehörde kennzeichnet 54 Schulstandorte als sozial belastet – das ist ein Viertel aller staatlichen Grundschulen oder Grundschulabteilungen von Stadtteilschulen.

## Schulen in Konkurrenz

Dass diese Standorte nun besonders stark vom Lehrkräftemangel betroffen sind, hat seine Ursachen im Konzept der selbstverantworteten Schulen (SvS), das diesen seit dem Jahr 2006 weitgehende Personalhoheit zugesteht. Bis vor wenigen Jahren „hatten auch Schulen an sozialen Brennpunkten ausreichend Bewerber mit sehr guten Abschlüssen“, berichtet Ninow. Das Personal wurde nicht zentral zugewiesen, sondern sein Team konnte sich selbst ein „junges, sehr qualifiziertes und engagiertes Kollegium zusammenstellen“ – und so den Generationenwechsel gestalten. Das ist heute anders: Schulen in sozialen Brennpunkten stehen in di-

rekter Konkurrenz zu Schulen in attraktiven innerstädtischen Wohnlagen und einer Schülerschaft aus bildungsaffinen Familien um immer weniger Bewerberinnen und Bewerber – und ziehen häufiger den Kürzeren. Dabei gehe es zu „wie im Haifischbecken“, so Ninow. Bensing-Stolze spricht von einer „Benachteiligung der Benachteiligten“. Für die GEW kommt der Fachkräftemangel indes nicht überraschend. „Hamburg hat es verschlafen, ausreichend Lehrkräfte auszubilden, um die Unterrichtsversorgung trotz der Pensionswelle und gleichzeitig steigender Schülerzahlen sicherzustellen“, kritisiert die Landesvorsitzende. Laut Statistiken der Kultusministerkonferenz (KMK) wurden von 2012 bis 2016 rund 5.300 Lehrkräfte in Hamburgs allgemeinbildenden Schulen eingestellt, aber nur gut die Hälfte auch im Land ausgebildet. Dazu kamen große Schulreformen wie die Einführung des Ganztags, die Inklusion und eine Verkleinerung der Klassen sowie die Einrichtung von Flüchtlingsklassen: Die Zahl der Vollzeitstellen an allgemeinbildenden Schulen stieg seit 2010 von 11.300 auf 13.600. „Die Stadt hat mit ihrer Attraktivität und dem Versprechen auf schnelle Verbeamtung anderen Bundesländern die Lehrkräfte regelrecht abgejagt“, sagt Bensing-Stolze. „Das funktioniert nicht mehr, seit die ersten Bundesländer ihre Besoldung anheben.“ Als zu niedrig kritisiert sie die vom Senat angekündigte Aufstockung der Referendariatsplätze um insgesamt 135 auf 685 in den kommenden zwei Jahren. Das allein werde angesichts wachsender Schülerzahlen kaum reichen: Bereits heute besuchen mit 176.600 Schülerinnen und Schülern

rund 12.000 mehr als vor fünf Jahren die staatlichen der Hansestadt; laut Hamburger Bildungsbericht wird bis zum Jahr 2030 ein Anstieg um weitere 11 Prozent erwartet. Zudem hat die Schulbehörde mit den von der GEW unterstützten Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative „Gute Inklusion“ ausgehandelt, in den kommenden zwei Jahren 295 zusätzliche Lehrkräftestellen zu schaffen.

### Inklusion ohne Personal

Mit einer neuen Stelle für die Inklusion rechnet Jochen Grob, Leiter der Ganztagschule Fährstraße in Wilhelmsburg, einem Stadtteil südlich der Elbe mit ähnlichen Sozialdaten wie Mümmelmannsberg. Wie er die besetzen soll, daran mag er noch nicht denken angesichts der vier ohnehin schon unbesetzten Stellen zum Schulhalbjahr. Seit anderthalb Jahren sucht er einen Sonderpädagogen und nun sind zusätzlich drei Kolleginnen längerfristig erkrankt. Auf seine Ausschreibungen in den einschlägigen Portalen erhielt er keine einzige Bewerbung. Immer häufiger gilt es, Lücken zu füllen, wenn Kolleginnen oder Kollegen länger krank sind oder in Mutterschutz oder Elternzeit gehen. Bleibt die Personalsuche erfolglos, stellt Grob Vertretungskräfte über befristete Lehraufträge ein, meist angehende Lehrkräfte, die auf einen Platz im Vorbereitungsdienst warten. Diese sind mittlerweile an der Ganztagschule Fährstraße unverzichtbar: Bis zu sechs Lehraufträge vergibt er pro Schuljahr, um alle Unterrichtsvorgaben abzudecken. Unter dem Fachkräftemangel leiden auch Stadtteilschulen wie die Nelson-Mandela-Schule in Wilhelmsburg. Schulleiter Bodo Giese sieht sich im Wettbewerb um qualifizierte Lehrkräfte einem weiteren Konkurrenten ausgesetzt: dem Gymnasium. Für viele Kolleginnen und Kollegen sei es attraktiver, dort zu arbeiten, stellt er fest: „Wir Stadtteilschulen tragen die Inklusion fast alleine, zudem ist unsere Schülerschaft durchschnittlich weniger leistungsfähig.“ Er sucht händeringend Unterstützung in den Fächern Biologie sowie Naturwissenschaft und Technik. Zwei Englisch-Kollegen bleiben über ihr Pensionsalter hinaus, darüber ist er sehr froh. Auch Giese stellt für die Vertretungsstellen angehende Lehrkräfte ein, die auf ihren Vorbereitungsdienst warten. Das sei ohnehin ein erfolgversprechender Weg, um gute und enga-

gierte Leute früh an die Schule zu binden. Seiteneinsteiger habe er bislang nicht eingestellt, weil ihnen „meist pädagogisches Wissen fehlt“. Viele Schulleiter sind dennoch auf diese Akademiker angewiesen: So waren im November an allen Hamburger Schulformen insgesamt rund 540 Seiteneinsteigerinnen und einsteiger über Lehraufträge beschäftigt.

### Kritik am Senat

Bildungssenator Ties Rabe (SPD) hat angekündigt, vermehrt Lehrkräfte über das Pensionsalter hinweg „in Ausnahmefällen“ arbeiten zu lassen. Lehramtsstudierenden, „die als Nebenjob während ihres Studiums an einer Schule arbeiten“, verspricht er in seinem aktuellen Newsletter „Vorteile bei ihrer späteren Bewerbung für den Hamburger Schuldienst“. Das lehnt die GEW jedoch insbesondere an sozial benachteiligten Standorten als pädagogisch höchst fragwürdig ab. Auch dass Referendarinnen und Referendare für Mehrarbeit herangezogen werden – an vielen Schulen bereits Realität – kritisiert die Landesvorsitzende als Überforderung angehender Kolleginnen und Kollegen. Verständnis äußert sie hingegen für Schulleitungen, die in Notsituationen auf angehende Lehrkräfte zurückgreifen, die auf den Vorbereitungsdienst warten. Wie Schulen an sozial benachteiligten Standorten passende Lehrkräfte finden und das gute und engagierte Personal halten können, dazu hat sich Rabe nicht geäußert. „Wir brauchen ein positives Anreizsystem wie eine bessere Vergütung oder die Aussicht auf Beförderungsstellen“, fordert Schulleiter Grob und wird dabei von der GEW unterstützt.

„Es ist wichtig, dass ihr nicht aufgibt. Benutzt eure Vorstellungskraft. Gestaltet die Zukunft.“



Der Astrophysiker Stephen Hawking appellierte in einer vor seinem Tod im März 2018 aufgenommenen Audiobotschaft an die junge Generation. Diese wurde bei der Vorstellung seines posthum erschienenen, neuen Buches am 15. Oktober abgepielt.

Quelle: einblick 2/2018

Weil an Schulen wie seiner viel Beziehungs- und Sozialarbeit über die in der Dienstzeitregelung vereinbarten Kontingente hinaus geleistet werden muss, spricht er sich zudem für eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung aus. Noch gibt es an den genannten Grund- und Stadtteilschulen keinen Unterrichtsausfall. Die Schulen seien in der Lage, „kurzfristig vieles abzufedern“, berichtet Sabine Bielefeldt, Personalrätin in Mümmelmannsberg und Fachgruppenvorstand Grundschule in der GEW Hamburg. „Da viele Kolleginnen nicht in Vollzeit arbeiten, finden sich bei Bedarf Freiwillige, die zeitweise ihre Stundenzahl aufstocken.“ Das sei wegen der vielfältigen Aufgaben jedoch „kräftemäßig kaum noch zu schaffen“. Schon gar nicht mit dem Anspruch, gute Arbeit zu leisten. Auch deshalb ist für sie nicht nachvollziehbar, dass Grundschullehrkräfte noch immer mit A12 (Beamte) und E11 (Angestellte) abgespeist werden „So bleibt das Grundschullehramt finanziell unbeliebt“.

### Die Lage in Zahlen

An den 409 allgemeinbildenden Schulen in Hamburg arbeiten derzeit 16.311 Lehrkräfte. Sie unterrichten rund 197.000 Schülerinnen und Schüler, das sind etwa 12.000 mehr als vor fünf Jahren. Seit 2010 wurden jährlich durchschnittlich 1.100 Lehrkräfte eingestellt. Mit 550 wurde nur die Hälfte von ihnen in Hamburg ausgebildet. Zum 1. Februar 2018 meldet die Behörde 225 unbesetzte Stellen, es fehlen 200 Lehrkräfte.

Michaela Ludwig, freie Journalistin  
Quelle: E&W 2/2018

## Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif

Die neue Bundesregierung will Impulse in der Bildungspolitik setzen. Welche Vorhaben den Menschen nutzen und wo Union und SPD noch eine Schippe drauflegen müssen, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

In den Vereinigten Staaten und in Europa verzeichnen autoritäre, nationalistische Parteien einen deutlichen Zulauf bei den Wahlen. Sie werden bei weitem nicht nur von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Arbeitslosen getragen. Auch in Deutschland haben viele FacharbeiterInnen mit mittlerem Bildungsabschluss, aber auch etliche Bessersituierte rechtspopulistisch gewählt.

Diese Wählerscheine von dem Programm dieser Parteien nicht sonderlich überzeugt. Das zeigen auch erste Wahlanalysen. Das Gros dieser Menschen erhofft sich von den Rechtspopulisten keine Lösungen ihrer Probleme – und trotzdem geben sie ihre Stimme diesen Parteien. „Apokalyptischen Populismus“ nennt Wendy Brown, Politikwissenschaftlerin aus Berkeley, diese Haltung. Der radikale Wandel steht im Mittelpunkt, der Inhalt der gewählten Partei ist zunächst zweitrangig.

Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial speist sich aus Abstiegsängsten und tatsächlich Abgehängten. Heute arbeitet ein gutes Drittel in unsicheren Jobs: Menschen hängen in Werkverträgen fest, sind befristet angestellt, verdingen sich als Leiharbeiter oder als (Schein-) Selbstständige. Das trifft längst nicht nur Geringqualifizierte, sondern auch WissenschaftlerInnen, ArchitektInnen oder JournalistInnen.

Mehr noch: Die Verantwortung für sozialen Abstieg wird individualisiert. Wer auf der Rolltreppe abwärts fährt, hat sich eben nicht fit gehalten. Aus dem Versprechen Aufstieg durch Bildung ist längst eine Abstiegsdrohung geworden: Wer sich nicht bildet, fällt durch das soziale Netz.

Wer eine offene Gesellschaft verteidigen will, muss die sozialen Sorgen vieler Menschen aufgreifen: Die Ängste der alleinerziehenden Altenpflegerin, die wenig Geld verdient und sich vor Altersarmut fürchtet, müssen stärker ein Thema werden. Das gilt auch für die mangelnden Perspektiven des

Bei der Weiterbildung und im Studium bleibt ein tiefer Graben zwischen Gewinnern und Verlierern.

jungen Hauptschülers, der zahllose Bewerbungen schreibt und trotzdem keinen Ausbildungsplatz findet. Die prekäre Lage der Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, und die Sorge der FacharbeiterInnen vor sozialem Abstieg gehören auf die Tagesordnung der Regierung.

Wer die Spaltung unserer Gesellschaft bekämpfen und sozialen Zusammenhalt sichern will, darf sich nicht allein auf die Bildungspolitik fokussieren. Dennoch bleibt es unerlässlich, die Polarisierung in unserem Bildungssystem zu überwinden.

Und es gibt noch viel zu tun. Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist bedrückend hoch. Bei der Weiterbildung und im Studium bleibt ein tiefer Graben zwischen Gewinnern und Verlierern. Die vermeintliche Bildungsrepublik ist ein sozial gespaltenes Land. Deshalb brauchen wir eine neue gesellschaftliche Bildungsstrategie.



Elke Hannack, 56, ist seit 1. Juni 2013 stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zuvor war sie unter anderem stellvertretende DGB Bezirksvorsitzende in NRW und ver.di-Bundesvorstandsmitglied. Beim DGB-Bundesvorstand ist sie verantwortlich für die Ressorts Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik sowie Jugend- und Bildungspolitik.

Der Koalitionsvertrag gibt hier wichtige Reformimpulse: Ein nationaler Bildungsrat kann der Ort sein, an dem Bund, Länder und Sozialpartner eine solche Strategie gemeinsam entwickeln. Dass das unselige Kooperationsverbot abgeschafft werden soll – und der Bund dann endlich Bildungsinfrastruktur in Ländern und Kommunen finanzieren darf, ist ein wichtiger Schritt. Erst das macht Investitionen in Bildungsinfrastruktur rechtssicher möglich.

Aus dem Versprechen Aufstieg durch Bildung ist längst eine Abstiegsdrohung geworden.

Die Regierungsparteien haben viele Ideen der Gewerkschaften aufgegriffen. Die Schulen werden digital ausgestattet. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, zumindest in der Grundschule, kommt. Es gibt eine Investitionsoffensive für berufliche Schulen. Eine Mindestausbildungsvergütung soll im Berufsbildungsgesetz verankert werden. Die Förderung von Meister-Kursen wird verbessert. Das BAföG soll gestärkt werden und der Bund dauerhaft in die Finanzierung der Hochschulen einsteigen.

Doch es gibt auch Leerstellen im Koalitionsvertrag: Rund 300 000 Jugendliche stecken in den vielen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung. Sie haben oft keine Aussicht auf einen Berufsabschluss. Ihnen droht ein Leben in prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. Ernsthaftige Ansätze zum Abbau der Ausbildungslosigkeit fehlen.

Grundsätzlich gilt: Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Nimmt man die Ziele des Dresdner Bildungsgipfels von 2008 als Maßstab, müssten Bund, Länder und Kommunen bereits heute rund 27 Milliarden Euro mehr in Bildung und Forschung investieren. Die versprochenen zusätzlichen elf Milliarden Euro für Bildung sind wichtig, reichen aber nicht aus, um die Vorhaben solide zu finanzieren. Der Bund muss in der Legislatur bei den Bildungsinvestitionen noch eine Schippe drauf legen.

Quelle: einblick 4/2018

Fotos:  
Bleichert,  
Steinchen

## Land NRW übernimmt Tarifergebnisse 2019

### Gutes Signal für Beamt\*innen und Versorgungsempfänger\*innen

„Wir begrüßen die heute Mittag [19.03.2019, Anm. d. Red.] abgegebene Erklärung des Finanzministers, dem Landeskabinett vorzuschlagen, das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die Beamt\*innen, Richter\*innen und Versorgungsempfänger\*innen zu übertragen. Das ist ein Signal der Wertschätzung“, erklärte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer in einer ersten Reaktion auf die Ankündigung Lienenkämpfers.

In der Gesprächsrunde zwischen dem DGB und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen seien noch Details zu erörtern. Die GEW-Landesvorsitzende zeigte sich aber optimistisch, zu einem guten Ergebnis zu kommen: „Die Landesbeschäftigten und Versorgungsempfänger\*innen haben es verdient.“

Hintergrund:

Die Übertragung des Tarifergebnisses bedeutet eine Anhebung der Besoldung und Versorgungsbezüge in drei Schritten. Die im Tarifvertrag vereinbarte soziale Komponente, 240 EURO über die Laufzeit von 33 Monaten, kann aus besoldungsrechtlichen Gründen (Abstandsgebot) nicht für Beamt\*innen umgesetzt werden. Dies gilt auch für weitere Elemente der Tarifeinigung wie z.B. die Erhöhung der sog. Angleichungszulage.

Berthold Paschert  
Pressesprecher

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW

## Jubiläum: 100 Jahre Tarifautonomie

Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten sich im November 1918 darauf, die Arbeitsbeziehungen ohne Einmischung des Staates zu regeln und das Prinzip der Tarifautonomie zu etablieren. Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ gilt bis heute als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber und als bedeutender sozialpolitischer Erfolg.

Quelle: einblick 10/2018

Eine Eigentümlichkeit der deutschen Arbeitsbeziehungen besteht darin, dass sie ihre besondere Gestalt als Ergebnis des Ersten und Zweiten Weltkrieges erlangte. Bis 1916 war der Staat und bis 1918 die Arbeitgeber nicht bereit, die Gewerkschaften als den Partner anzuerkennen, der für die Beschäftigten spricht und handelt. Tarifautonomie (1918) und Einheitsgewerkschaften (1945) sind erst nach den schrecklichen Kriegen zustande gekommen.

Die Gewerkschaften wurden, seit sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufmachten, Ausbeutung, Not und Willkür zu überwinden, um die Emanzipation der ArbeiterInnen zu erreichen, vielfach behindert, verfolgt und als Feind der bestehenden Ordnung bekämpft. Erst etwa 50 Jahre nach ihrer Entstehung erkannte der Staat die Gewerkschaften mit dem sogenannten Hilfsdienstgesetz (1916) als legitimen Verhandlungspartner an. Die Arbeitgeber brauchten länger. Denn sie bestanden darauf, dass alleine sie das Sagen in ihren Betrieben haben („Herr im Hause“) und weder Gewerkschaften noch der Staat dort etwas zu suchen hätten.

Das veränderte sich 1918, als sich abzeichnete, dass nicht nur die Monarchie untergeht, sondern auch eine Ordnung sowjetischen Typs vor der Tür stand. In der Stunde der tiefsten Not suchten weitblickende Unternehmer den Kontakt zu den Gewerkschaften. Es kam zu einem Bündnis, dessen Kern der Historiker Eberhard Kolb als „Sozialpolitik gegen Verzicht auf Sozialisierung“ bezeichnete. Mit der Unterzeichnung des Stinnes-Legien-Abkommens am 15. November 1918, benannt nach den beiden Vertragsführern – einerseits dem Ruhrindustriellen Hugo Stinnes und andererseits dem Gewerkschaftsvorsitzenden Carl Legien –, erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als gleichberechtigten Partner an.

Was für die Mehrheit der Unternehmer ein situatives Not- und Zweckbündnis war, bedeutete für die Gewerkschaften nicht nur die Anerkennung als gleichberechtigter Partner, sondern auch die Basis für einen weitreichenden sozialpolitischen Fortschritt. Auf jeden Fall war es der Sieg pragmatischer, vernunftbegabter Politik, die einen entscheidenden Beitrag zur Zähmung des Kapitalismus und zur Demokratie in der Wirtschaft leistete. Zu den zentralen Vereinbarungen gehören neben der Anerkennung der Gewerkschaften als „beruflicher Vertretung der Arbeiterschaft“: der Acht-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, Arbeiterausschüsse und paritätische Schlichtungsausschüsse in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten, die Wiedereinstellung der demobilisierten Soldaten, ein paritätisch besetzter „Zentralausschuss“ zur Durchführung des Abkommens und zur „Entscheidung grundsätzlicher Fragen“.

Dieser Pakt ist ein Meilenstein in der Entwicklung kooperativer Arbeitsbeziehungen und damit ein Vorläufer der bundesdeutschen Sozialpartnerschaft. In der Folge stieg die Zahl der

### Ein entscheidender Beitrag zur Zähmung des Kapitalismus und zur Demokratie in der Wirtschaft

Tarifverträge rasant an. Ende 1918 profitierten 1,1 Millionen Beschäftigte von solchen tariflichen Vereinbarungen; vier Jahre später waren es bereits vierzehn Millionen. Das Recht von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Arbeitsbedingungen wie Lohn und Arbeitszeit eigenständig und ohne staatliche Einmischung auszuhandeln und zu regeln, ist heute in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes verankert. Darin ist nicht nur die Tarifautonomie geschützt, zu den verfassungsrechtlich geschützten Mitteln gehören auch Arbeitskampfmaßnahmen, die auf den Abschluss von Tarifverträgen zielen.

Trotz der hohen Wertschätzung, die der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie im offiziellen Selbstverständnis der Arbeitgeber zukommt, ist ihre Mitgliedschaft in den Arbeitgeberverbänden in den letzten Jahren so stark geschrumpft, dass die Basis der Tarifautonomie gefährdet ist: Mittlerweile arbeiten weniger als 50 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben. Vielfach wird deshalb der Ruf nach staatlichen Regelungen laut. Dabei ist gerade die auf Freiwilligkeit beruhende Tarifbindung ein grundlegendes Element der Sozialen Marktwirtschaft. Durch ihren Rückzug aus der Sozialpartnerschaft rufen die Arbeitgeber förmlich die Initiative des Staates herbei. Das Mindestlohngesetz aus dem Jahr 2014 ist eine solche staatliche Reaktion auf die weißen Flecken in der Tariflandschaft. Vor allem in den Dienstleistungsbranchen, wie in der Altenpflege, sind aufgeklärte und handlungsfähige Arbeitgeberverbände überfällig. So haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass Tarifverträge in der Altenpflege „flächendeckend zur Anwendung kommen“. Denn solche Vereinbarungen sind für die Aufwertung sozialer Berufe essentiell: Die Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben verdienen deutlich besser und sind besser geschützt als ihre KollegInnen ohne Tarifbindung. Deshalb ist es auf Seiten der Beschäftigten zentral, sich zu organisieren.

Das 100-jährige Jubiläum des „Stinnes-Legien-Abkommens“ bietet Anlass, sich auf die Errungenschaften in den Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu besinnen, um die sozialpolitische Erfolgsgeschichte in Zeiten von Globalisierung, wachsenden Niedriglohnssektoren und gleichzeitig wachsendem Fachkräftemangel sowie der digitalen Herausforderungen weiterzuschreiben.



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, 58, leitet das Fachgebiet Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kassel. Von 1991 bis 2006 war er in verschiedenen Funktionen für den IG Metall-Vorstand tätig. Von 2009 bis 2014 war er Staatssekretär im Arbeitsministerium des Landes Brandenburg. Seit 2016 ist er Gastforscher am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

### +++ Länder-Tariftelegramm +++

#### Abschluss in der Länder-Tarifrunde 8 % mehr Geld in drei Schritten

Drei Tage haben sich die bis zuletzt zähen Verhandlungen mit den Arbeitgebern hingezogen. Am Ende steht ein Abschluss mit 8 % mehr für die Beschäftigten. Rückwirkend zum 1. Januar 2019 steigen die Entgelte für unsere Beschäftigten um ca. 3,2 %, zum 1. Januar 2020 um weitere 3,2% und zum 1. Januar 2021 um weitere 1,4 %. Die Angleichungszulage für 50.000 angestellte Lehrkräfte steigt um 75 Euro auf 105 Euro im Monat. Die Entgelttabellen laufen bis zum 30. September 2021.

„Mit eindrucksvollen Warnstreiks haben die Beschäftigten Bewegung in die Verhandlungen gebracht“, sagte GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz nach Abschluss der Tarifverhandlungen. „Am Ende stand ein Kompromiss. Die Gewerkschaften haben viele Forderungen durchgesetzt und so erreicht, dass der öffentliche Dienst für die Beschäftigten attraktiver wird. An den Themen, bei denen wir gerne mehr erreicht hätten, bleiben wir dran.“

Der Tarifabschluss umfasst viele weitere Komponenten. Fragen und Antworten zu allen Aspekten des Tarifabschlusses stellt die GEW auf ihrer Webseite bereit:

[www.gew.de/fragen-und-antworten](http://www.gew.de/fragen-und-antworten)

### +++ Länder-Tariftelegramm +++

## Das kombinierte Fachseminar „Deutsch-Mathematik“

Ernüchterung macht sich breit in der zweiten Phase der Lehrerbildung. Die per Verordnung vom 08.07.2018 geänderte OVP (Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung für Lehramter an Schulen) sieht vor, dass die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ab dem Einstellungstermin 1.5.2019 zukünftig in drei Fächern ausgebildet werden. Das ist durchaus sinnvoll, da die Studierenden gemäß § 11 LABG (Lehrerausbildungsgesetz) im Studium bereits drei Fächer studieren (Sprachliche Grundbildung, Mathematische Grundbildung und ein weiterer Lernbereich/weiteres Fach).

Mit Blick auf die Anschlussfähigkeit und die Professionalisierung für den Beruf der Grundschullehrkraft sowie der besonderen Bedeutung der beiden Fächer Deutsch und Mathematik für den Unterricht in der Grundschule soll somit zukünftig dafür Sorge getragen werden, dass alle LAA auch in der zweiten Phase der Lehrerbildung Kompetenzen in eben diesen beiden Fächern – und dem sogenannten „Weiteren Fach“ (Sachunterricht, Musik, Sport usw.) - erwerben.

Was in der Theorie zunächst durchaus vernünftig klingt, entpuppt sich in der Praxis als seminardidaktischer Fallstrick.

Das Dilemma manifestiert sich im Paragraphen 22 der OVP. Dort heißt es:

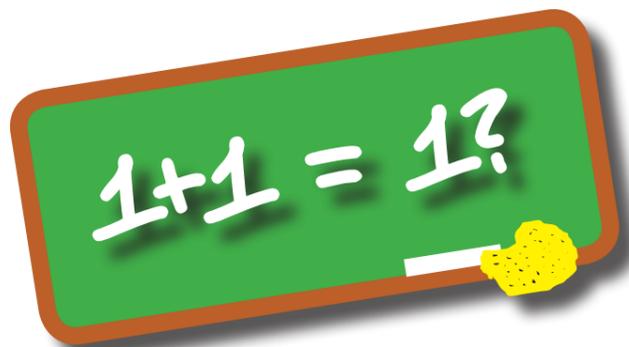
„Eine der beiden fächerbezogenen Ausbildungsgruppen umfasst sowohl Deutsch (Sprachliche Grundbildung) als auch Mathematik (Mathematische Grundbildung).“

Die Geburtsstunde eines kombinierten Fachseminars Deutsch/Mathematik also, in dem jedoch – im Vergleich zu einer „reinen“ Dreifächerausbildung vergangener OVP's – die Ausbildungszeit in einem Fach (z. B. Deutsch) um 50% gekürzt wird. Die freigesetzten zeitlichen Ressourcen fließen dann in die Ausbildung des anderen Fachs (Mathematik) mit ein.

Das Land lässt die Option für kreative Lösungen offen. So kann beispielsweise die zur Verfügung stehende Zeit für die Kernseminararbeit und die des „Weiteren Fachs“ gekürzt oder andere seminardidaktische Konzepte entwickelt werden, um dem kombinierten Fachseminar für die anstehenden Aufgaben mehr Raum zu geben. Hieraus ergibt sich unter Umständen aber auch eine Neuverteilung der Entlastungstatbestände innerhalb eines Seminars, die letztlich nur durch einstimmige Beschlüsse zur Anwendung kommen kann. Diese herbeizuführend wird schwer sein.

Neben den organisatorischen Fragen bleibt die Sorge, hinter den eigenen Ansprüchen zurück zu bleiben.

Im hektischen Bemühen um die Aufrechterhaltung einer qualitativ guten Ausbildung im Fach Deutsch und Mathematik zerbrechen sich die Fachleiter-Kollegien also die Köpfe, wie ein solches Vorhaben möglichst friktionsfrei geschultert werden kann. Fachleiterinnen und Fachleiter, die seit Jahren eine solide Ausbildung z. B. im Fach Mathematik sicher stellen, sehen sich nun gezwungen, ad hoc auch Fachfrau/Fachmann für das Fach Deutsch zu werden. Wie, das fragt sich manche(r), soll



diese Expertise so schnell erworben werden? Wie sich schlau machen in Zeiten, in denen die Entlastung für die anstehenden Aufgaben der Lehrerbildung sukzessive gekürzt werden?

Dem ersten ungläubigen Staunen über die Rasanz, mit der die erwiesenermaßen gute Lehrerbildung von einem Moment auf den anderen in ihren Grundfesten erschüttert wird, weicht zunehmend die Verzweiflung darüber, wie man sowohl dem eigenen Anspruch als auch dem der OVP gerecht werden kann.

Eine Lösung? Nicht in Sicht. Unterstützung? Kaum vorhanden. Entlastung? Fehlanzeige.

Nicht wenige verdiente Kolleginnen und Kollegen werfen nach Jahren des Engagements für die Lehrerbildung das Handtuch und gehen mit voller Stundenzahl in die Schule zurück. Es bleibt abzuwarten, wie sich der prognostizierte Fachleitermangel auf die zukünftige Lehrerbildung auswirken wird.

Die Ausbildung in drei Fächern ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Umsetzung im Rahmen eines kombinierten Fachseminars hingegen ist fragwürdig. Durch die fehlende Bereitstellung zeitlicher, personeller und finanzieller Ressourcen entpuppt sich der Schritt der Landesregierung als Schritt in die falsche Richtung. Schülerinnen und Schüler brauchen gute Lehrer. Diese wiederum brauchen eine solide Ausbildung. Aus zwei (Fachseminaren) eines zu machen ist eine Rechnung, die unterm Strich in einem Minus enden wird, einem Minus an Ausbildungsqualität und einem Minus an Ausbildungsintensität. Bezahlt wird die Rechnung von den LAA und den Fachleiter\*innen, deren beider Erfolg sich letztlich an den Kompetenzen und Standards der OVP messen lassen muss. Und letztlich auch von den Kindern, die zukünftig von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden, deren Ausbildung nicht Fisch und nicht Fleisch ist.

Ingo Langenhagen



Ingo Langenhagen

## JETZT AUCH MIT OHNE DIENSTRECHNER

Digitalisierung: planlos, ziellos, kostenlos?

Eine der Diskussionen, die in der GEW im letzten Schuljahr intensiv geführt wurden, war die um „BYOD“, also Bring Your Device, der Einsatz des privaten Computers zu Dienstzwecken.

Von Sebastian Krebs, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW NRW und Vorstandsmitglied des Düsseldorfer Stadtverbandes, Mitglied des Hauptpersonalrates Berufskolleg beim MSB

Diese Diskussion und die Aktivitäten der GEW haben die Landesregierung genervt. Der Staatssekretär im Schulministerium berichtete von täglich 200 dort eingehenden Anträgen auf dienstliche Endgeräte – eine der erfolgreichen Dauerkampagnen der GEW. Zum Schuljahresende sah sich das Schulministerium veranlasst, in einer Schulmail darauf hinzuweisen, dass es nicht jeden Antrag einzeln beantworten könne.

Wie geht es nun weiter? Hat die Landesregierung zum Anfang des neuen Schuljahres ein Konzept? Stehen Mittel für HARDWARE; Software; Systementwicklung, Netzausbau und Wartung bereit? Die Antwort auf all diese Fragen: Fehlanzeige!

Ja, LOGINEO, die zunächst gescheiterte Plattform soll nun kommen – sicher? Nach allen früheren Ankündigungen, die sich als Nullnummer erwiesen, scheint hier Vorsicht geboten. Warten wir, was kommt, wie es aussieht und vor allem, wie die Ausstattung geplant ist und wer sie bezahlen soll.

Die AG Digitalisierung der GEW arbeitet mit hochspezialisierten Kolleginnen und Kollegen an eigenen Überlegungen und

## Mehr Geld für Grundschulkräfte und Beamte in Berlin

Als "historischer Schritt für eine gerechtere Bezahlung im Bildungswesen" bewertet die GEW Berlin die Einigung mit der Senatsbildungsverwaltung auf die Höhergruppierung aller Grundschullehrkräfte in die Entgeltgruppe 13 zum 1. August 2019. Hierbei werden auch alle Lehrkräfte mit einem Wahlfach an anderen Schulformen, die "Lehrkräfte unterer Klassen" und die Sonderschullehrkräfte mit DDR-Ausbildung

### Der vorgelegte Besoldungsfahrplan bis 2021 ist der richtige Weg

einbezogen. „Dieses Ergebnis regelt viel mehr als nur eine Gehaltserhöhung um rund 500 Euro“, so die GEW-Vorsitzende Doreen Siebern. „Über 5.600 Berliner Lehrkräfte erfahren die längst überfällige Wertschätzung. Gegen alle Widerstände werden fast alle 30 Jahre nach dem Mauerfall nun endlich auch die Kolleginnen mit DDR-Ausbildung auf Funktionsstellen bewerben können.“ Auch die Berliner Beamtinnen können sich freuen: Die Koalition aus SPD, Linken und Grünen will die Beamtenbesoldung schneller anheben als geplant. "Es ist



begleitet Ankündigungen aus dem Ministerium der Überleitungen zu EDV und Datenschutz mittlerweile genau und kritisch.

Alle in der GEW würden angesichts zunehmender Aufgaben und Belastungen gerne die Arbeiterleichterungen nutzen, die Digitalisierung in der Schule bewirken kann. Die Beiträge des AG werden deshalb auch als konstruktiv angesehen.

Bisweilen kommt von außen aber auch der Vorwurf der Technikfeindlichkeit der Gewerkschaft. Wenn eine Gewerkschaft Daten- und Rechtssicherheit im Bereich der EDV einfordert und nach entsprechender Ausstattung der dienstlichen Geräte durch den Arbeitgeber ruft, erfüllt sie nur ihre gewerkschaftliche Pflicht: sie stärkt und schützt ihre Mitglieder. Die GEW möchte, dass ihre Mitglieder die Möglichkeit umfassend und sorgenfrei nutzen können. Mit Technikfeindlichkeit hat diese berechtigte Fürsorge nichts zu tun.

Sebastian Krebs

Quelle: Stadt-Zeitung 03/2018 GEW Stadtverband Düsseldorf

höchste Zeit, dass Berlin die Position des Schlusslichts bei der Beamtenbesoldung abgibt", so die stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Sonja Staack. „Wir haben die Angleichung der Berliner Besoldung auf mindestens den Bundesdurchschnitt eingefordert und freuen uns, dass der rot-rot-grüne Senat nun konkrete Schritte hierfür beschlossen hat. Der vorgelegte Besoldungsfahrplan bis 2021 ist der richtige Weg, auch wenn wir uns schnellere Schritte auf diesem Wege gewünscht hätten.“

Quelle: magazin für beamtinnen und beamte 2018

## Umweltterror

Im April 2018 startete, anfangs noch unbeachtet, von Gaza ausgehend die erste Umweltterrorwelle. Bis heute wurden hunderte Drachen und Ballons mit Brandsätzen versehen. Die vom Wind nach Israel getriebenen Brandsätze, steckten Felder und Wälder in Brand. Das Feuer zerstörte Ernten und tötete Kleintiere wie Füchse, Schlangen, Igel und weitere. Experten schätzen, dass zur Wiederherstellung der Natur 10 bis 15 Jahre benötigt werden.

Quelle: Neuland, 2.Halbjahr 2018, Heft 42



Ulrike Thiele

## Achtung!- Dienstunfall!!!

...stolpern, ausrutschen, stürzen, umknicken, ein Zusammenstoß mit Schülern, Sportunfall, Unfall im NW- Unterricht, Autounfall, ...und auch immer häufiger ein verbaler oder ein körperlicher Übergriff eines Schülers....

Im Schulalltag oder während einer Schulveranstaltung kann es schnell passieren, dass sich eine Kollegin oder ein Kollege verletzt. Häufig werden diese Ereignisse von den Betroffenen bagatellisiert und geraten in Vergessenheit, wenn keine ernsthaften Beschwerden vorliegen. Dies könnte in einigen Fällen negative Auswirkungen haben. Dienstunfälle könnten Spätfolgen nach sich ziehen, die zum Zeitpunkt des Unfalls noch nicht abzusehen sind. Ergibt sich aufgrund des Dienstunfalls eine Dienstunfähigkeit und wurde der Dienstunfall nicht gemeldet, hat das negative Auswirkung auf das Ruhegehalt. Im Bezirk Münster wurden 2015 insgesamt 351 Dienstunfälle anerkannt. In NRW waren 4% auf Aggressivität gegen Lehrkräfte zurückzuführen. Im Jahr 2015 haben sich Unfälle, die auf Aggressivität gegen Lehrkräfte zurückzuführen sind, im Vergleich zum Vorjahr im Bezirk Münster verdoppelt (VBE-Umfrage, Gewalt gegen Lehrkräfte). Leider werden nicht alle verbalen oder körperlichen Gewalteinwirkungen auf Lehrkräfte zu anerkannten Dienstunfällen. Jedoch hat sich die Sichtweise hinsichtlich verbaler Übergriffe auf Beamte und somit auch auf Lehrkräfte ein wenig verändert. In der Vergangenheit wurden in erster Linie körperliche Erkrankungen als Dienstunfall



eingestuft. Laut Urteil des Verwaltungsgerichts

Düsseldorf vom 02.11.2010 liegt ein Körperschaden vor, „...wenn der physische oder psychische Zustand eines Menschen für eine bestimmte Mindestzeit ungünstig verändert ist. Es zählen sowohl innere wie äußere Verletzungen, auch innere und geistige Leiden dazu.“

Auch die Stadt Bochum rät Lehrkräften, jede Art von Bedrohung als Dienstunfall zu melden und zum eigenen Schutz einen Arzt des Vertrauens aufzusuchen. Zudem sollte der zuständige Personalrat informiert werden.

Wir raten allen Betroffenen zur eigenen Sicherheit eine Dienstunfallanzeige zu stellen, auch wenn der bürokratische Weg in diesem Moment abschreckend wirkt (ist er aber nicht). Darüber hinaus hilft eine Dienstunfallanzeige die Aggressivität gegen Lehrkräfte öffentlich zu machen und die Dienststelle zum Handeln zu bewegen.

### Was muss beachtet werden?

Man unterscheidet zwischen verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrkräften.

#### Dienstunfall (Beamte)

„Ein Dienstunfall ist ein auf äußerer Einwirkung bestehendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung des Dienstes oder infolge des Dienstes eingetreten ist.“

Zum Dienst zählen auch Dienstreisen, Dienstgänge und dienstliche Veranstaltungen. Wird die verbeamtete Lehrkraft durch einen Dienstunfall verletzt, so wird ihr Unfallfürsorge gewährt, nachdem der Dienstunfall durch die Bezirksregierung anerkannt ist. Der Dienstunfall muss gemäß § 32 BeamtenVG innerhalb von 3 Monaten in Form einer Dienstunfallanzeige bei der Bezirksregierung gemeldet werden.“

([http://www.bezreg-muenster.nrw.de/zentralablage/dokumente/schule\\_und\\_bildung/personalangelegenheiten\\_schule/dienstunfaelle\\_sachschaeden/anzeige\\_dienstunfall.pdf](http://www.bezreg-muenster.nrw.de/zentralablage/dokumente/schule_und_bildung/personalangelegenheiten_schule/dienstunfaelle_sachschaeden/anzeige_dienstunfall.pdf))

Zur Beweissicherung sollte auch die verbeamtete Lehrkraft jeden Unfall im Verbandsbuch der Schule anzeigen. Die Ersthelfer führen ein Verbandsbuch, in dem sie ihre Hilfeleistungen notieren. Ein Verbandsbuch wird von der Unfallkasse NRW kostenlos zur Verfügung gestellt. Verbandsbücher sind min. 5 Jahre aufzubewahren.

Einer Dienstunfallanzeige sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. **Ärztliches Attest** über Art und Umfang der erlittenen Verletzungen (genaue Diagnose; kann in einem verschlossenen Umschlag vorgelegt werden).
2. Zwei von **Zeugen des Unfalls** abgegebene schriftliche Darstellungen des Unfallhergangs, oder - falls unmittelbare Zeugen nicht vorhanden sind - zwei entsprechende Bescheinigungen von Personen, die zuerst von dem Unfall Kenntnis erhalten haben.
3. Bei Wegeunfällen eine **Skizze** des Dienstweges und der Unfallstelle

#### Arbeitsunfall Tarifbeschäftigte

Die Anzeige ist zu erstatten, wenn ein Arbeitsunfall oder ein Wegeunfall (z.B. Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) eine **Arbeitsunfähigkeit** von mehr als 3 Kalendertagen eines Versicherten zur Folge hat. Tödliche Unfälle sind sofort zu melden (per Telefon, Fax, E-Mail). Anzeigepflichtig ist die Schulleiterin/der Schulleiter.

(<https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/dow>)

Zwei Exemplare der Unfallanzeige sind an die Unfallkasse zu senden:

Unfallkasse Westfalen Lippe: Bernd Focks/ 0251-2102-3354)

Ein Exemplar dient der Dokumentation in der Schule, ein Exemplar erhält der Lehrerrat (Personalrat).

Eine Meldepflicht des Versicherten besteht nicht.

Zur Beweissicherung sollte der Versicherte jedoch jeden Unfall im Verbandsbuch der Schule anzeigen.

Die Unfallanzeige ersetzt die Eintragung in das Verbandsbuch. Sollte eine ärztliche Behandlung notwendig sein, müssen Durchgangsarzte(D-Ärzte) besucht werden.

Ulrike Thiele

## Mutterschutzgesetz reformiert Mehr Selbstbestimmung, mehr Schutz

**Am 1. Januar 2018 ist das überarbeitete Mutterschutzgesetz in Kraft getreten. Es ermöglicht schwangeren Berufstätigen, ihre Arbeitszeiten selbstständiger einzuteilen und nimmt den Arbeitgeber mehr in die Pflicht.**

Mit der Reform berücksichtigt das Mutterschutzgesetz nun einen deutlich größeren Kreis an schwangeren Frauen, so beispielsweise Frauen, die sich in Studium oder Ausbildung befinden oder noch zur Schule gehen. Auch sollen Arbeitgeber ihre Mitarbeiter besser über die Risiken am Arbeitsplatz aufklären. „Wir begrüßen die Neuerungen des Mutterschutzgesetzes,“ kommentiert Professor Bernd Siegemund, Vorsitzender der B·A·D-Geschäftsführung, die Überarbeitung des seit 1952 bestehenden Gesetzes. Sie berücksichtige moderne Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Spannungsfeld von Schutz vor gesundheitlichen

Gefährdungen und den gewandelten Vorstellungen und Wünschen von Frauen zur Fortführung der Berufstätigkeit während der Schwangerschaft, nach der Geburt und in der Stillzeit.

### Gefährdungsanalyse: mehr Sicherheit

Demnach muss der Arbeitgeber alle Maßnahmen ergreifen, um eine Weiterbeschäftigung zu ermöglichen, bevor ein betriebliches Beschäftigungsverbot ausgesprochen wird. Das beinhaltet die Umgestaltung der Arbeitsbedingungen ebenso wie den Wechsel an einen anderen Arbeitsplatz. Erst wenn beides nicht geht, darf er schwangere oder stillende Frauen nicht weiter beschäftigen. Ein weiterer Fokus der Neuregelungen liegt in der Ausweitung des Mutter-



schutzgesetzes auf schwangere Frauen, die sich im Studium oder in der Ausbildung befinden oder noch zur Schule gehen.

Ferner müssen Arbeitgeber für jeden Arbeitsplatz eine anlassunabhängige Gefährdungsbeurteilung vornehmen: Jeder Arbeitsplatz ist dahin zu überprüfen, ob besondere Schutzbedürfnisse für schwangere oder stillende Frauen bestehen, auch wenn dort aktuell Männer arbeiten. Zusätzlich muss der Arbeitgeber einer schwangeren oder stillenden Frau ein Gespräch über weitere Anpassungen ihrer Arbeitsbedingungen anbieten. Neu ist darüber hinaus das allgemeine Beschäftigungsverbot für werdende Mütter, die Arbeiten in einem vorgegebenen Zeittempo erledigen sollen. Als weitere Änderung sieht das Gesetz vor, dass die Regelungen zur Mehr- und Nachtarbeit branchenunabhängig gefasst werden sollen. Bei der Erstellung oder Anpassung der Gefährdungsbeurteilung unterstützen die B·A·D-Arbeitsmediziner oder Fachkräfte für Arbeitssicherheit den Arbeitgeber. „Das reformierte Mutterschutzgesetz ist ein brandheißes Thema, über das jedes Unternehmen informiert sein muss. Aus meiner Sicht müssen dabei Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und Mutterschutz zwingend zusammen betrachtet werden“, ist B·A·D-Arbeitsmediziner Dr. Eckhard Müller-Sacks überzeugt.

Quelle: BAD inForm 2/2018



»Viele wissen nicht, dass sie ab sofort für jeden einzelnen Arbeitsplatz eine anlassunabhängige, mutterschutzspezifische Gefährdungsbeurteilung zu erstellen haben. Unabhängig davon, ob an diesem Arbeitsplatz schwangere oder stillende Frauen beschäftigt werden. Das müssen sie auch tun, wenn dort aktuell ein Mann arbeitet.«

B·A·D-Experte Patrick Aligbe (Dipl.-Verwaltungswirt)

### Impressum

#### Herausgeber:

GEW-Stadtverband Gelsenkirchen  
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

#### Redaktion:

GEW-Fachgruppe Grundschule  
Verantwortlich i.S.d.P. Lothar Jacksteit,  
Alfons Kunze

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH

Layout: Steinchen

Auflage: 3600 Exemplare



Oberbürgermeister  
Frank Baranowski

## OB Baranowski fordert Emscher-Universität

### Nicht nur Kompensation für Braunkohlegebiete/ Perspektive Ruhrkonferenz

GE. Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski erhob beim traditionellen Neujahrsempfang der Stadt Gelsenkirchen die Forderung nach einer Universität für das nördliche Ruhrgebiet. Einen Monat nach dem endgültigen Abschied des Ruhrgebiets vom Bergbau sagte er mit Blick auf die erwarteten und benötigten Impulse der bevorstehenden Ruhrkonferenz der NRW-Landesregierung: „Es ist an der Zeit für eine echte Lösung, die uns noch einmal Schubkraft verleihen kann – es wird Zeit für eine Universität an der Emscher!“

Baranowski erinnerte daran, dass bereits die Universitätsneugründungen im Ruhrgebiet in den 60er/70er Jahren strukturelle Entscheidungen waren, die das südliche Ruhrgebiet bei der damals anstehenden Transformation weg von der Montanindustrie unterstützen sollten. Genau dieselben Im-

pulse seien daher einen Monat nach Stilllegung der letzten Steinkohlezeche im Revier nun auch im nördlichen Ruhrgebiet nur folgerichtig. Ein Ruhrgebiet der zwei Geschwindigkeiten zwischen dem nördlichen und südlichen Teil dürfe es mittelfristig nicht geben, so Baranowski: „Dieses Problem muss man irgendwann einmal anpacken – und man sollte es erst recht tun, wenn eine Landesregierung mit der Ruhrkonferenz einen neuen, großen Aufschlag für die Region beabsichtigt.“

Es könne nicht sein, dass über eine solche Kompensationslösung nun bereits für die Braunkohleregionen um Aachen gesprochen werde, wo es bereits eine starke Universität gibt, nicht jedoch für das nördliche Ruhrgebiet, so Baranowski weiter, der anlässlich des Abschieds vom Steinkohlebergbau eine Zwischenbilanz zog: Wo steht das Ruhrgebiet, wo steht Gelsenkirchen, welche zukünftige Entwicklung ist möglich, welche ist nötig? Oberbürgermeister Frank Baranowski machte vor 800 geladenen Gästen im Musiktheater im Revier deutlich: „Dieser Abschied ist für uns schon seit Jahrzehnten gleichzeitig ein Aufbruch.“ Er nannte gerade einige Bergbaukonversionsflächen der Stadt als herausragende Beispiele für die wirtschaftliche Neuerfindung der Stadt. Gerade die ehemalige Zeche Nordstern, auf der mittlerweile wieder rund 1500 Menschen Arbeit finden, sei wahrscheinlich einer der erfolgreichsten ehemaligen Zechenareale des Reviers. Die dortige Entwicklung sei ursächlich vor allem dem Impuls der Bundesgartenschau 1997 zu verdanken. Solche Impulse seien für das nördliche Ruhrgebiet weiterhin wichtig und nötig, ordnete das Stadtoberhaupt die Forderung nach der Emscher-Universität in den historischen Kontext ein.

Quelle: 18. Januar 2019, Stadt Gelsenkirchen

## Hat die Landesregierung das Ruhrgebiet nicht im Blick?

### Abschlussbericht der Kohlekommission ignoriert das Ruhrgebiet

GE. Nachdem jetzt Inhalte des Abschlussberichtes der Kohlekommission nach und nach öffentlich werden, sieht Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen und Vorsitzender des Kommunalrates, das Ruhrgebiet im Hintergrund: „Offensichtlich sind die Interessen insbesondere des nördlichen Ruhrgebietes nicht ausreichend gewürdigt bzw. vertreten worden. Die Ruhrkonferenz darf nicht zu einem Etikettenschwindel oder einem reinen Placebo werden. Ich werde den Verdacht nicht los, dass bei der Ruhrkonferenz in einem langwierigen Prozess Ideen gesammelt werden, in der Kohlekommission aber konkrete und kurzfristige Entscheidungen getroffen werden und mit Finanzmitteln des Bundes ausgestattet werden.“

So heißt es in dem Entwurf des Abschlussberichtes der Kohlekommission: „Es kommt daher entscheidend darauf an, dass die bestehenden Stärken und wirtschaftlichen Strukturen in den Braunkohlerevieren und den Steinkohlekraftwerksstandorten durch geeignete strukturelle Maßnahmen (Investitionen in Breitbandausbau, Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Bildung) fortentwickelt werden, um umgehend neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze revierscharf zu schaffen, damit die Reduzierung der Kohleverstromung fortschreiten kann.“

„So richtig diese Forderung ist, umso enttäuschender ist es, dass das Ruhrgebiet in den einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen so gut wie gar nicht stattfindet. Immerhin sind wir in der Region ein großer Standort von Steinkohlekraftwerken (u.a. in Gelsenkirchen, Herne, Datteln). In den Projektvorschlägen aus Nordrhein-Westfalen taucht aber nur das Rheinische Revier auf, das Ruhrgebiet allenfalls in Randbemerkungen“, kritisiert Frank Baranowski.

Und weiter: „Das ist schon ein herber Schlag ins Gesicht der Menschen im Ruhrgebiet. Auch das nördliche Revier sieht sich immer noch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen durch das Ende des Bergbaus konfrontiert. Allein 3.000 Arbeitsplätze sind in der Steinkohleverstromung betroffen. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze in der Logistikbranche. Warum die Landesregierung ausschließlich die Interessen des Rheinischen Reviers und die Region um Aachen vertritt, ist mir ein Rätsel. Um das klarzustellen: Selbstverständlich braucht das Rheinische Revier ebenfalls Unterstützung. Das gleiche gilt allerdings auch für das nördliche Ruhrgebiet.“

Vorschläge für das Rheinische Revier wie „Sonderwirtschaftszonen, Investitionsbeihilfen bis hin zur Errichtung eines TH Köln Campus Rhein-Erft“ lassen sich aus Sicht von Frank Baranowski nahezu deckungsgleich auf das Ruhrgebiet übertragen, z.B. als Emscher-Campus einer der bestehenden Universitäten.

Quelle: 24. Januar 2019, Stadt Gelsenkirchen

## Kohlekommission, Ruhrkonferenz – Eine Chance für das Ruhrgebiet?

Die Kohlekommission bzw. die Landesregierung hat versäumt konkrete Maßnahmvorschläge für den weiteren Strukturwandel im Ruhrgebiet zu unterbreiten. Es ist hinlänglich bekannt, dass unsere Region einen weiteren Schub benötigt.

Die Forderung des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Frank Baranowski nach einer „Emscher-Universität“ kommt von daher zum richtigen Zeitpunkt. Sie würde mit der „Westfälischen Hochschule“ und anderen Instituten die Impulse setzen können, um die von der GEW geforderten „Kette“ vollenden zu können. Unser Slogan „Von der KiTa bis zum Beruf – alles in einer starken Region!“ würde dann Realität.

Allerdings wären die „Emscher-Universität“ und die „Westfälische-Hochschule“ herausgefordert, den noch bestehenden Widerspruch einer ökologischen Industrialisierung zu überwinden und z.B. auf dem „New Park Gelände“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Hier hätten Wirtschafts- und Wissenschaftsminister die große Chance neben dem „Rheinischen Braunkohlere-

vier“ (Maßnahmen in Höhe von 10 Mrd. €) eine weitere starke Modellregion von weltweiter Bedeutung mit dem Label „Öko-Industrie“ ins Leben zu rufen. Wenn es dann noch gelingen würde, dass die Ministerien ressortübergreifend zusammenarbeiten, würde endlich vieles Hand in Hand gehen.

Jetzt muss sich zeigen, ob die Ruhrkonferenz zum Gestaltungsinstrument oder zur vertanen Chance wird.

Lothar Jacksteit

## GEW NRW: Landesweites Arbeitstreffen der Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase

Die GEW NRW lädt ein zum ersten landesweiten Arbeitstreffen der Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase, denn nach Jahrzehnten des Stillstands bewegt sich endlich etwas: Im laufenden Schuljahr hat sich die Zahl der Stellen für Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase mehr als verdoppelt. Zum Schuljahr 2019 / 2020 werden weitere Stellen ausgeschrieben. Eigentlich eine sehr positive Entwicklung. Zugleich sind die Arbeitsbedingungen noch schwieriger geworden: Vertretungsunterricht, Ersatz für fehlende Sonderpädagog\*innen,

Einsatz an mehreren Schulen, Probleme bei der Eingruppierung sind für die Kolleg\*innen an der Tagesordnung. Eine klare Arbeitsplatzbeschreibung fehlt.

- Die „AG Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase“ der GEW NRW möchte während des Arbeitstreffens gemeinsam mit den Teilnehmenden über folgende Themenblöcke diskutieren, um die Position der Bildungsgewerkschaft weiterzuentwickeln:
- Arbeitsbedingungen und Einsatz in der Schule: Gelingensbedingungen und Einsatzstrukturen
- Kompetenz- und Aufgabenprofil: multiprofessionelle Zusammenarbeit, Konzeptentwicklung und mehr
- Qualitätsentwicklung: Anforderungen an Aus- und Fortbildung

Netzwerkarbeit innerhalb der GEW

Termin: 13.05.2019,

15.00–17.30 Uhr

Ort: GEW NRW, Landesgeschäftsstelle, Nünningstr. 11, 45141 Essen

Anmeldung bis zum 07.05.2019 per E-Mail an [christiane.pape@gew-nrw.de](mailto:christiane.pape@gew-nrw.de).

Wegen der Erstattung der Reisekosten wenden sich die Teilnehmenden bitte an ihren GEW-Stadtverband.

Quelle: nds 3-2019

## FORTBILDUNGEN → VERANSTALTUNGEN → VOR ORT

### Und jetzt seid ihr dran...

Unser Ziel ist es, für euch möglichst passgenaue Fortbildungen und Veranstaltungen vor Ort anzubieten.

Dabei versuchen wir, unsere Themen und Termine abwechslungsreich zu gestalten. Damit uns das gelingt, brauchen wir eure Rückmeldungen:

- Welche Themen sind für euch interessant?
- Was brennt euch unter den Nägeln?
- Was kommt immer zu kurz?
- Welche Rahmenbedingungen machen für euch eine gelungene Veranstaltung aus?
- Möchtest du lieber in gemütlicher Atmosphäre an einer Abendveranstaltung teilnehmen?
- Bist du froh, wenn sich eine Fortbildung direkt an deinen Unterrichtstag anschließt?

Bisher haben wir schon einiges für euch auf die Beine gestellt:

Jedes Halbjahr findet mindestens eine Fortbildung zu wechselnden aktuellen Themen in Gelsenkirchen statt.

Die Mitglieder der Lehrerräte können je nach Bedarf jedes Jahr an einer Basisqualifizierung oder jedes Halbjahr an einem Vertiefungsmodul teilnehmen.

Natürlich habt ihr zusätzlich immer die Möglichkeit auf [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) den Fortbildungskalender unseres Landesverbandes anzusehen und euch für interessante Veranstaltungen dort anzumelden.

Wenn ihr aber Ideen oder Wünsche für Angebote in Gelsenkirchen habt, meldet euch gerne direkt bei mir!

[korte-katrin@web.de](mailto:korte-katrin@web.de)

Katrin Korte



## Schule in NRW Oder: Warum trotz allen Einsatzes Schule nicht erfolgreich für alle sein kann

Betrachtet man die Schulstruktur in NRW, wird einem schon unheimlich. Zu erkennen ist dieses, wenn man einfach mal die Internetseite des Schulministeriums aufruft und versucht eine Schule zu finden:

<https://www.schulministerium.nrw.de/BiPo/SchuleSuchen/online>, dann links oben „Schulen in einer bestimmten Region suchen“ klicken und in der sich öffnenden Seite das rechte Feld: „gewünschte Schulform“.

So sieht die aktuelle Struktur aus, und für Eltern und Kinder wird bei Schulwechsel (gewünscht oder erzwungen) bzw. bei einem Wohnortwechsel die Welt komplizierter.

Ich gebe zu, auch für Politiker und Verwaltungsmenschen ist dieses System mittlerweile sehr schwer zu überschauen, und dann auch noch zu regeln, was da im Land NRW möglich ist.

Aber allen Schulen ist als Grundstruktur die Abbildung eines hierarchischen Systems innewohnend. Auch die Schulen sind untereinander hierarchisch gegliedert. Manche Politiker wollen das zwar weder sehen noch zugeben, aber jeder Mensch, der sich im System bewegt (hat), weiß genau, wie es funktioniert. Und auch die Eltern haben es begriffen – das zeigt ihre Schulwahl in der Sekundarstufe I. Dort können sie theoretisch immerhin 8 Schulformen anwählen. Über allem steht das Gymnasium, dann folgen, je nach regionaler Ausgestaltung, die anderen Schulformen. Und eine Schulform der SEK I wird immer die „Letzte“ sein, auf jeden Fall eine noch existierende Hauptschule, dann mal eine Realschule oder Sekundarschule oder auch eine Gesamtschule.

Nicht zuletzt wird es auch an einer aktuellen Entwicklung sichtbar: Inklusion kommt bei Gymnasien de facto nicht mehr vor. Das bedeutet, dass den Schulformen, die sich sowieso schon um die schwächeren Schüler/innen kümmern, dieser Bereich ebenfalls komplett aufgeladen wird. Oder andersherum ausgedrückt: die unteren Schichten tragen wieder einmal die vollen Lasten - bei der Inklusion, bei der Integration der nicht deutsch sprechenden Migranten, mit den Teil-Alphabetisierten, die aus Altersgründen der Grundschule entwachsen sind.

Und genauso wird auch das System „Schule“ in NRW von Politik und Verwaltung gedacht – und administriert: Ausgehend von Erwartungen der Universitäten/Hochschulen und der Wirtschaft werden die Richtlinien und Lehrpläne gestaltet, werden Fächer bewertet, bestimmen Abschlussprüfungen letztendlich das schulische Handeln. Parallel dazu hat sich ein wirtschaftsprozessuales Betrachten von Lernerfolgen etabliert (PISA, VERA, OECD, Bertelsmann-Stiftung), das einen deutlichen Einfluss auf die Schulentwicklung der letzten 20 Jahre aufweist. Dem entsprechen auch die jeweiligen schulaufsichtlichen Änderungen sowie die ebenfalls stärkere Hierarchisierung, die Ausrichtung an den Abschlussprüfungen und die damit verbundene zeitliche Gleichschaltung der abzufragenden Inhalte innerhalb der Schulen selbst.

Und als eine sehr wichtige, nahezu subtil alles unterwandernde Veränderung der letzten 25 Jahre: Pädagogik hat gefälligst rechtssicher zu sein. Rechtssicherheit heißt in der Schule: Überprüfbar durch Verwaltungsgerichte. Verwaltungsgerichte prüfen formal (nicht die Inhalte, nicht gut oder schlecht), sie

prüfen, ob sich Handeln an Gesetzen, Erlassen und Vorschriften orientiert hat und Gestaltungsspielräume „angemessen“ genutzt worden sind. Man muss aber wissen, dass es vorher einen Filter gibt: die Schulaufsicht. Diese verhindert an vielen Orten durch direkte Einflussnahme auf die Einzelschule, dass es überhaupt zu einem Prozess kommt (und dieses längst nicht immer zugunsten der Schule...).

Fazit: Denken und Struktur von „oben nach unten“, Effizienz als Ergebnis, Rechtssicherheit als Kontrolle.

Daneben (besser dagegen) steht das, was Schule dem normalen menschlichen Begreifen nach ausmacht:

- Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit.
- Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.
- Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung.
- Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung.
- Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung.
- Sie verwirklicht die in der Landesverfassung bestimmten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele.

Das sind keine Sätze, die ich mir ausgedacht habe, das sind alles Sätze aus der Landesverfassung und dem Schulgesetz – und zwar in den ersten bestimmenden Artikeln.

Genauso sehen auch die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer ihre Aufgabe: Die tägliche Begleitung der Kinder und Jugendlichen sowie die stetige Förderung deren Entwicklung. Dabei orientieren sie sich menschlich und psychologisch an ihren Schülerinnen und Schülern. Und versuchen den vorgegebenen Rahmen zu erfüllen.

Erziehung und Bildung, Reihenfolge und Ausgangspunkt des täglichen Tuns in der Schule.

Aber geht das überhaupt, wenn Schule als betriebswirtschaftliches Unternehmen nach ihrem Output betrachtet wird? Und geht das, wenn es „höhere“ und „niedrigere“ Schulformen gibt? Wenn es nach wie vor möglich ist, „abgeschult“ zu werden? Denn auch hier gilt der Satz: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Viele junge Menschen, die kein Gymnasium besuchen (oder nicht mehr besuchen dürfen), fühlen sich gesellschaftlich minderwertig, Zitat „Ich habe es nicht geschafft!“. Was macht das mit einem Menschen? Wie soll man ihn aufbauen?

Immerhin: Auch in den „minderen“ Schulformen gelten ja die gleichen hierarchischen Strukturen von gaußscher Notenverteilung über Schulinspektion bis hin zu zentralen Abschlussprüfungen... Da fühlt man sich dann als Schüler/in doch sicher und geborgen...

So steht also der Anspruch an Schule im Gegensatz zur ausgestalteten Wirklichkeit. Und das Schulgesetz löst im Sinne von Politik und Verwaltung diesen Widerspruch folgerichtig, indem es den Auftrag der Verfassung mächtig umdeutet, von „Erziehung und Bildung“ in „schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung“ und damit den Auftrag der Landesverfassung an die Schule einschränkt. Dadurch ist für Schule der Auftrag klar: Was Schule leisten muss, wird von oben über die

„schulische Bildung“ definiert. Und dazu gehören z. B. Standards aus der Ökonomie (leider nicht die Parameter aus der Entwicklungspsychologie, obwohl das doch für junge Menschen viel entscheidender wäre).

Und als Lehrer/in? Wie kann man da überleben, wenn man die einzelnen Schülerinnen und Schüler mit ihren persönlichen Geschichten und Lebenssituationen vor sich hat und sie gleichzeitig auf „Standards“ und „ZAPs“ vorbereiten muss? Wo setze ich als Lehrer/in die Priorität? Und womit geht es den Schülerinnen und Schülern und mir besser? Wie erziehe ich sie zur späteren Teilhabe an der Gesellschaft, wenn doch zuvorderst Fach- und Arbeitskräfte erwartet werden? Wie kann ich individuell fördern mit 28 Schüler/innen in der Klasse? Woher sollen Ruhe und Beständigkeit kommen, die gerade für Kinder und Jugendliche mit Defiziten so wichtig für ihre Entwicklung sind, wenn immer wieder und immer neue Events erdacht werden müssen (schließlich steht man ja im Wettbewerb, spätestens wenn die Schulinspektion kommt).

Mich wundert, dass so viele Kolleginnen und Kollegen immer weiter machen, diesen Spagat aushalten und sich doch gottseidank, wenn auch heimlich, für ihre Schüler/innen entschieden haben – was allerdings immer auf ihre Kosten geht. Ich weiß nicht, wie lange diese andauernde Arbeitsbelastung, diese permanente Verschlechterung der Arbeitsbedingungen noch auszuhalten ist; auch wenn es von Schulleitungen, Schulaufsicht und Ministerium heftig bestritten wird: diese Art, Schule zu leisten, macht krank. Da helfen auch die nun erhobenen Daten nicht, denn eines fehlt in dieser Erhebung: Der Anteil der unbezahlten Mehrarbeit, und der ist riesengroß.

Dieser durch das aktuelle System nicht aufzulösende Widerspruch (Hierarchie gegen Erziehung, Bildung und individueller Entwicklung) wird an auch anderer Stelle deutlich: Die derzeitigen Standardfeststellungen sind nicht aussagekräftig. Sie beschreiben zwar Aussagen über sich selbst, aber selten über die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Und wenn sie es doch tun, dann werden Anforderungen geändert. Betrachtet man diese Dinge über die Jahre hinweg, so kann man eigentlich nur feststellen: Viel Geld versenkt, ganze Schülerjahrgänge mit nicht-lebensrelevanten Dingen gequält und unzählige Stunden an Konferenzen, Dienstbesprechungen, Schreibaarbeiten vergeudet. Interessant ist es, dass seit Jahren keine landesweiten Ergebnisse der Lernstandserhebungen 8 (VERA 8) mehr schulfornbezogen veröffentlicht werden. Schon bei den letzten Veröffentlichungen ließ sich erkennen, wie wenig aussagekräftig dieses Instrument war – oder wenn man es dennoch für wichtig erachtete, wie viele Ressourcen man wo hätte investieren müssen...

Allerdings haben viele Praktiker vor Ort die Gläubigkeit der Entscheidungsträger an die Übertragung ökonomischer Modelle auf Schule unterschätzt. Da, so vermute ich, so langsam auch einigen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung diese Unlösbarkeit dämmert, klammern sie sich an den neuen Leitstern: Digitalisierung (übrigens wieder ein Modell aus der Ökonomie – und ein Wahnsinnsmarkt für Technik- und Softwarefirmen). Natürlich hat niemand etwas gegen einen schnellen Internetzugang in einer Schule. Sicher kann auch die Benutzung digitaler Medien Unterricht klarer und einsichtiger gestalten. Aber hilft es einem Schüler, der die Toilette nicht benutzen kann, wenn er sich diese auf einem iPad malt? Ich habe noch den Satz der finnischen Kollegen/innen in den Ohren: drei Dinge erziehen die jungen Menschen in der Schule: die Mitschüler, die Lehrer und das Gebäude. Und wenn man sich das zu Herzen nimmt, sind die Aufgaben groß genug.

Oder geht es wieder doch nur um spätere Facharbeiter, die auch mit dem PC umgehen können? Auch die Digitalisierung ist nur ein Hilfsmittel, genauso wie Tafel und Kreide oder Mo-

delle in der Biologie. Und das Allerwichtigste wird selten mitdiskutiert: Auch der Gebrauch der digitalen Mittel setzt Grundfertigkeiten und Fähigkeiten voraus. Und wenn man aus der Psychologie weiß, wie Gehirn funktioniert, sich entwickelt und in der Pubertät komplett umgebaut wird und dass das noch bei jedem Menschen anders und in unterschiedlichem Tempo geschieht, dann wird einem so langsam klar, was Schule leisten müsste – und was die Digitalisierung nicht leistet, was der Lehrermangel, die zu großen Klassen, die maroden Schulgebäude verhindern: Erziehung und Bildung junger Menschen.

Ach ja, es geht ja nur noch um schulische Bildung... die wird eben woanders definiert. Und deswegen hat sie auch nicht mehr viel mit der gelebten Wirklichkeit, die tagtäglich bewältigt werden muss, zu tun. Immerhin: Gute Schüler/innen überstehen jedes Schulsystem, und für die anderen gibt es ja Leiharbeit, Minijobs, Hartz IV...

Was aber ist notwendig? In meinen Augen ist es dringend erforderlich, eine breite Diskussion (nicht Debatte) darüber zu führen, in welche Richtung eine zukünftige (schulische) Bildung gehen soll. Soll es nach wie vor so sein, dass von oben nach unten gedacht und konzipiert wird? Soll es nach wie vor so sein, dass ökonomische Interessen Schule lenken? Soll der weitere Weg, der z. Z. noch nicht offen, aber z. B. über Freihandelsabkommen wie CETA oder JEFTA gegangen wird, in der Privatisierung des Schulsystems münden? Wollen wir als Gesellschaft denn überhaupt die soziale Segregation des derzeitigen Bildungssystems wirklich aufheben? Oder werden wir es uns erlauben, vom Menschen, der Umwelt, den Anforderungen an die Zukunftsgestaltung für alle zu denken und Schule neu zu definieren? Sind wir bereit, deutlich mehr finanzielle Mittel einzusetzen, damit die Besten Lehrer/innen werden an einem optimal ausgestalteten Arbeitsplatz mit viel Zeit und Ruhe für die Entwicklung und Bildung der Kinder und Jugendlichen? Auch an dieser Frage wird sich das Überleben einer Gesellschaft wie der unsrigen festmachen.

Von daher ist es ein Hoffnungszeichen, dass junge Menschen freitags dem Unterricht fernbleiben und für ihre Zukunft kämpfen (das Wort „schwänzen“ ist schon diskriminierend). Sie nehmen den Auftrag der Landesverfassung ernst: „im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Schule kann das unter den herrschenden Bedingungen nicht leisten, also müssen die Schüler/innen es selbst in die Hand nehmen. Ich wäre stolz, wenn meine Kinder dort mitgegangen wären (sie sind leider nicht mehr in der Schule) und als Schulleiter hätte ich auf dem Zeugnis den Vermerk gesetzt: Die Fehlzeiten ergeben sich aus dem Umsetzen der Landesverfassung.

Und vielleicht kämpfen die Schüler/innen ja auch eines Tages für eine andere, deutlich bessere und weniger gesplattene Schullandschaft, in der alle gleich und würdig unterrichtet werden können. Die Erwachsenen tun es ja nicht...

Michael Liß



Michael Liß  
GEW Rhein-Sieg

# AUFBRECHEN Zukunft Grundschule

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband  
Gelsenkirchen und Gladbeck



Damit Grundschulen eine gute Zukunft haben, für Bildungsgerechtigkeit sorgen können, müssen dringend Lösungen gefunden werden für

- die Aufwertung des Berufs Grundschullehrkraft durch gleiche Bezahlung aller Lehrämter
- gute Arbeitsbedingungen (administrative Aufgaben, Anrechnungstunden, multiprofessionelle Teams, kleine Lerngruppen (siehe Grafik unten), Pflichtstunden, Sozialindex, ... ..)



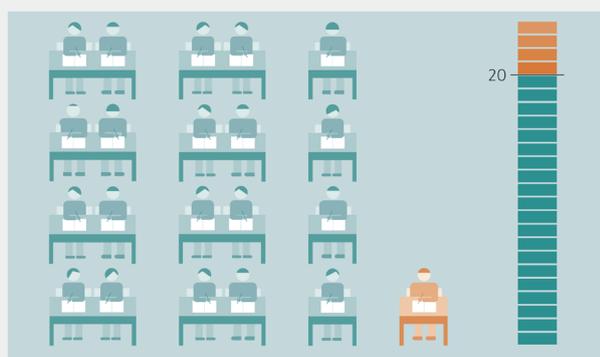
## 7.2.1 Klassenbildung und Klassenfrequenzwerte nach Schulformen (ohne Internationale Förderklassen)

Schule	Klassen nach Anzahl der Schüler/innen					Anteil (in %)				Schüler	Schüler pro Klasse	Anzahl der Schulen
	bis 20	21 - 25	26 - 30	31 - 35	SUM	bis 20	21 - 25	26 - 30	31 - 35			
GRU	38	174	162	4	378	10,1	46,0	42,9	1,1	9.373	24,8	39
HAU	13	26	21	-	60	21,7	43,3	35,0	-	1.420	23,7	5
REA	4	21	59	4	88	4,5	23,9	67,0	4,5	2.335	26,5	5
GYM*	7	35	65	12	119	5,9	29,4	54,6	10,1	4.945	41,6	7
SEK	1	7	11	-	19	5,3	36,8	57,9	-	475	25,0	1
GES*	-	22	157	14	193	-	11,4	81,3	7,3	6.808	35,3	6
<b>Insg.</b>	<b>63</b>	<b>285</b>	<b>475</b>	<b>34</b>	<b>857</b>	<b>7,4</b>	<b>33,3</b>	<b>55,4</b>	<b>4,0</b>	<b>25.356</b>	<b>29,6</b>	<b>63</b>

\* Nur Sekundarstufe 1

Quelle> Bildung in Zahlen, Schülerjahresstatistik 2017/ 2018, Seite 103

## Die Klassengröße in Grundschulen wirkt sich auf die Leistungen der SchülerInnen aus



In großen Klassen ab etwa 20 SchülerInnen sind in Grundschulen deutliche Leistungszuwächse zu erwarten, wenn die Klassengröße reduziert wird.



Die Testergebnisse in der dritten Klasse werden in den Fächern Deutsch und Mathematik besser.



Reduziert sich die Klassengröße um ein Kind, sinkt die Quote der KlassenwiederholerInnen in der ersten Klasse um etwa fünf Prozent.

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2018

**Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden? Das ist eine gute Entscheidung!**



Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter [www.gew.de/Mitgliedsantrag.html](http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html)  
oder in unserer Geschäftsstelle  
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 513759  
Fax: 0209 514207 E-Mail: [gew-ge@gmx.de](mailto:gew-ge@gmx.de)